88. Dienstag den 16. April 1861. 88.

Posener Zeitung.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Inserate (1¼ Sgr. für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum; Reklamen verhältnißmäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis **10 Uhr** Vormittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 16. April. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem kommandirenden General des II. Armeekorps, General der Infanterie, von Wussow, den Rothen Adler-Orden erster Klasse mit Eichenlaub in Brillanten, dem Großherzoglich hessischen Territorial-Kommissarius, Geheimen Regierungs-Rath Schmitt zu Mainz, den Stern [illegible]othen Adler-Orden zweiter Klasse, dem früheren Legations-Sekretär be[illegible]öniglich sicilianischen Gesandtschaft zu Berlin, Marquis Campidisol[illegible]em technischen Direktor der Warschau-Wiener Eisenbahn, Rosenbau[illegible]arschau, den Rothen Adler-Orden dritter Klasse, so wie dem Rathe an [illegible]iserlich französischen Gerichtshofe zu Poitiers, Armand Bonnet, den Ro[illegible] Orden vierter Klasse zu verleihen; ferner den Divisions-Auditeur, Justiz-Rath Scheller der 9. Division, zum Korps-Auditeur des 5. Armeekorps in Posen zu ernennen; und dem Ober-Steuer-Inspektor Haehling von Lanzenauer in Koblenz, bei seinem Ausscheiden aus dem Dienste, den Charakter als Steuer-Rath zu verleihen; endlich den nachbenannten Personen die Erlaubniß zur Anlegung der von des Königs von Hannover Majestät ihnen verliehenen Orden ꝛc. zu ertheilen, und zwar des Ritterkreuzes des Guelphen-Ordens: dem Chef der Abtheilung für die Artillerie-Angelegenheiten im Kriegsministerium, Oberst-Lieutenant Teisler, und der silbernen Verdienst-Medaille: dem Zeugschreiber Mohrenberg und dem Zeug-Sergeanten Kuehle beim Artillerie-Depot zu Berlin.

Der Kreis-Thierarzt Eck zu Oletzko ist in gleicher Eigenschaft in den Kreis Stallupönen, Regierungs-Bezirks Gumbinnen, versetzt worden.

Ihre Kaiserliche Hoheit die Kronprinzessin von Württemberg ist gestern nach Stuttgart abgereist.

Angekommen: Se. Exzellenz der General-Lieutenant und Chef des Generalstabes der Armee, Freiherr von Moltke, von Düsseldorf.

Abgereist: Der Generalmajor und Kommandeur des Kadettenkorps, von Rosenberg, nach Bensberg.

Telegramme der Posener Zeitung.

Wien, Montag 15. April Abends. Nach der heutigen „Oestreichischen Zeitung" hat der Kaiser aus den Händen der damit beauftragten Deputation die Adresse des niederöstreichischen Landtages gestern sehr huldvoll entgegengenommen und in seiner Erwiderung vornehmlich die Reichseinheit betont.

Krakau, Sonntag 14. April. In Folge der Warschauer Vorfälle haben hier täglich ruhestörende Demonstrationen in Gestalt von öffentlichen Prozessionen stattgefunden. Die Behörde hat ein sehr strenges Verbot erlassen. Die Landtagsabgeordneten haben vor ihrer Abreise nach Lemberg die Bevölkerung dringend um Erhaltung der Ruhe gebeten. Der „Czas" ermahnt energisch die Ruhe aufrecht zu erhalten, um ein drohendes Unglück von der Stadt abzuwenden.

Agram, Montag 15. April. Bei der heute hier stattgehabten Eröffnung des Landtages wurde der Banus von den Abgeordneten jubelnd empfangen und dessen Rede von vielfachen Lebehochs begleitet.

Hamburg, Montag 15. April. Aus der Vertheidigungsschrift des dänischen Exministers Raaslöff geht hervor, daß der ganze Gesetzentwurf über das Provisorium den Ständen durchaus nicht zur konstitutionellen Beschlußnahme, sondern bloß zur Berathung vorgelegt war, weshalb auch mit Absicht das Wort „Beschlußnahme" Seitens der Regierung gänzlich vermieden worden war. Was das Budget betrifft, so weist Raaslöff nach, daß Hall die Auffassung, als habe die Regierung den Ständen durch §. 13 das Budget vorgelegt, erst am 22. März in Folge der dringenden Vorstellungen, welche ihm die fremden Gesandten am 21. gemacht, in seinem Briefe an Raaslöff einzuschmuggeln gesucht habe.

Bern, Montag 15. April. In hiesigen offiziellen Kreisen will man die zuverlässige Benachrichtigung aus Turin erhalten haben, daß bei der dort stattgehabten Berathung der Garibaldianer der Beschluß gefaßt worden sei, sich für das Jahr 1861 in der Defensive zu erhalten, da man sich zu schwach erachte, um allein die Offensive zu ergreifen und die Mitwirkung Frankreichs verschmähe.

London, Montag, 15. April. Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Washington vom 4. d. M. befand sich Präsident Lincoln ernstlich unpäßlich. Der neue höhere Zolltarif, der am 3. d. M. in Kraft getreten, hat eine große Verwirrung hervorgerufen. — Die Räumung des Forts Sumter stand nahe bevor.

Turin, Montag, 15. April. Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Rom ist der Papst wiederhergestellt. — „Diritto" enthält ein Schreiben Garibaldi's an Herzen, in welchem er das Emanzipationswerk des Kaisers von Rußland wegen der Warschauer Metzeleien verwünscht.

Von der polnischen Grenze, Montag 15. April. Nach hier eingegangener Meldung aus Warschau vom gestrigen Abend ging daselbst das Gerücht von dem Eintritt zweier beliebten Persönlichkeiten in den Staatsdienst. Graf Zamoyski soll in den Staatsrath berufen sein und Michael Lewinski den Geheimrath Muchanoff ersetzen. (S. unten.)

(Eingeg. 16. April 8 Uhr Vormittags.)

Posen, 15. April.

Man hat den Muratismus lange Zeit für todt und begraben gehalten. In der That wäre es wunderbar, wenn das leichtblütige Volk, welches unter dem ewig blauen Himmel Süditaliens lebt, ein halbes Jahrhundert hindurch dankbare Erinnerung an einen Fürsten bewahren sollte, welchem die Gunst eines auswärtigen Eroberers die Krone Neapels zuwarf, als der zuvor mit demselben Scepter belehnte Joseph Napoleon auf den wichtigeren Posten in Madrid berufen ward. Joachim Murat war ein trefflicher Soldat, und hat sich auch als Mensch viel Zuneigung erworben; doch seine Wirksamkeit als Regent war eine zu kurze und das Ende seiner Laufbahn zeugte zu sehr für die Unzuverlässigkeit seines Charakters, als daß die Liebe zu seinem Namen und seiner Dynastie hätte im Herzen der Neapolitaner tiefe Wurzeln schlagen können. Trotzdem hören wir von Bewegungen in Süditalien, welche die Fahne des Muratismus aufpflanzen, wie von Adressen aus Neapel, welche an den Prinzen Murat in Paris übersandt werden, und der Prinz selbst hat sich veranlaßt gefunden, an einen anonymen Freund ein Sendschreiben zu richten, in welchem er mit Entschiedenheit gegen die Einheit Italiens zu Felde zieht und ziemlich unzweideutig die Rolle eines Prätendenten übernimmt. Man mag darüber in Zweifel sein, ob die muratistischen Kundgebungen in Neapel einem freiwilligen Antriebe entspringen, oder ob sie durch geschickte Agenten hervorgerufen sind; jedenfalls leuchtet aus dem Briefe des Prinzen ein, daß der Muratismus, ob er auch in Italien selbst nur ein Scheindasein führe, in Paris wenigstens wirklich und leibhaftig vorhanden ist.

Nun hat aber der Kaiser Napoleon einen gewaltigen Streich gegen das Prätendententhum seines Vetters geführt. In allen offiziösen Blättern war zu lesen, daß der Kaiser das Auftreten des Prinzen höchlichst mißbillige und daß des Letzteren Programm mit der französischen Politik in Widerspruch stehe. Auch von einer Epistel hört man, welche der Kaiser direkt an seinen heißblütigen Vetter gerichtet hat, um denselben mit der allerhöchsten Ungnade zu bedrohen. Aber der Inhalt der Epistel ist der Oeffentlichkeit bisher vorenthalten geblieben und man weiß daher nicht, ob die Drohung der Ungnade nicht etwa in den allergnädigsten Ausdrücken abgefaßt ist. Außerdem ist die Behauptung, daß ein muratistisches Programm der französischen Politik widerspreche, noch keineswegs erwiesen. Um der öffentlichen Meinung von vornherein den Widerspruch ersichtlich zu machen, hätte dieselbe zuvor einige Klarheit über die Richtung der kaiserlichen Politik in Betreff Italiens haben müssen. Eine solche Klarheit fehlt jedoch zur Zeit gänzlich. Sie ist weder durch die Noten des Herrn Thouvenel, noch durch die Akte der Tuilerienregierung, noch durch die ministeriellen Redner im Senate und im Gesetzgebungskörper herausgefördert worden. Wenn man weiß, in welcher Abhängigkeit die Mitglieder der kaiserlichen Familie und andererseits die offiziösen Organe stets von dem höchsten Staatslenker gehalten worden, so wird man es wunderbar finden, daß überhaupt ein Desaveu nöthig war, da nach einem rechtzeitig offenbarten Willen des Kaisers zu Gunsten der Einheit Italiens weder der Brief des Prinzen Murat überhaupt, noch die Veröffentlichung desselben durch die offiziösen Blätter möglich gewesen wäre.

Welchen Zielen hat aber bisher die kaiserliche Politik zugestrebt? In der berühmten Flugschrift, welche dem italienischen Kriege vorangings, in den Friedenspräliminarien von Villafranca, in dem Züricher Vertrage und in allen amtlichen Kundgebungen, welche seither aus dem Tuilerienkabinet kamen, hat Frankreich sich konsequent zu dem Gedanken eines italienischen Bundes bekannt. Und das ist keineswegs eine ausschließlich napoleonische Idee, sondern das Projekt, von jeher ein Bestandtheil des Programmes französischer Staatsmänner, ist noch jüngst von parlamentarischen Rednern lebhaft befürwortet worden. Wenn aber Frankreich die Scheidung zwischen Nord- und Süditalien mit dem kleinen Zwischenreiche des auf die engsten Grenzen beschränkten Kirchenstaates festhält, liegt da die Vermuthung so fern, daß Napoleon das Scepter des neapolitanischen Reiches gern einer befreundeten Dynastie zuwenden möchte? Allerdings hat die Sache ihre Bedenken und deshalb ist einstweilen ein Desaveu ganz bequem, um den Dank der piemontesischen und der britischen Staatsmänner für eine so uneigennützige Politik einzuernten. Einem Napoleon wird es aber keine Skrupel machen, die Uneigennützigkeit zu rechter Zeit über Bord zu werfen, wenn er bei dem Bunde mit Piemont und mit England nicht seine Rechnung findet.

Deutschland.

Preußen. AD Berlin, 15. April. [Die Wendung der russischen Politik gegen Polen; keine Tripelallianz; Abbruch der Unterhandlungen über die Bundeskriegsverfassung.] Der Germanismus wird nicht allein in England als Popanz benutzt, wenn Lord Palmerston das Widerstreben des Hofes gegen irgend einen seiner Vorschläge brechen will: auch bei der polnischen Bewegung muß jetzt das Stichwort herhalten, um die französische Taktik zu unterstützen. In Paris hat man nämlich die Entdeckung gemacht, daß Kaiser Alexander vollkommen bereit war, den Polen die umfassendsten Zugeständnisse zu machen und seine Politik durch die Straßenbewegung bestimmen zu lassen. Da sei aber der Einfluß der deutschen Großmächte dazwischengetreten, welche den russischen Liberalismus doch gar zu gefährlich fanden. Eigenhändige Schreiben von Seiten der Monarchen Preußens und Oestreichs seien nach Petersburg gegangen, um dem Kaiser vorzustellen, wie gemeingefährlich für die drei Nordmächte eine Politik der Nachgiebigkeit gegen die Polen sei, und diese Intervention habe den Umschwung des russischen Verfahrens bewirkt. Diese alberne Erfindung wird natürlich von den Pariser Blättern mit Vorliebe verbreitet, weil es ihnen bequem ist, für die Politik Rußlands, als des Bundesgenossen Frankreichs, Beschönigungsgründe aufzufinden und ihre Kritik ausschließlich gegen die deutschen Mächte zu richten. Selbstverständlich hat Rußland keines Rathes bedurft, um zu begreifen, daß der agronomische Verein in Warschau auf dem besten Wege war, das leitende Komité einer polnischen Revolution zu werden, und daß die Straßendemonstrationen für ein anderes Ziel arbeiteten, als für gesetzlichen Fortschritt. — In Verbindung mit der polnischen Bewegung ist das Gerücht aufgetaucht, zwischen Preußen, Oestreich und Rußland sei der Abschluß einer Tripelallianz eingeleitet, und Graf Pourtalès habe den Ruf erhalten, das Portefeuille der auswärtigen Angelegenheiten zu übernehmen, um eine diesem Bündniß entsprechende Politik durchzuführen. An der Sache ist kein wahres Wort. Nur das kann man zuversichtlich behaupten, daß die drei Nordmächte auch ohne vorherigen Allianzabschluß mit gleicher Energie und nöthigenfalls mit vereinten Kräften auftreten würden, wenn in ihren polnischen Landestheilen die Agitation einen ernsteren Charakter annehmen sollte. — Die kommissarischen Unterhandlungen zwischen Preußen und Oestreich über die Revision der Bundeskriegsverfassung sind also ohne Ergebniß abgebrochen worden, obgleich sie vor einigen Wochen auf guter Bahn zu sein schienen. Preußen hat den Grundgedanken seiner Reformvorschläge: Zweitheilung des Bundesheeres und des Oberbefehls festgehalten. Wenn Oestreich auf diese Basis nicht eingehen wollte, so hätte es die Absendung seiner Kommissarien ganz unterlassen können.

☾ Berlin, 15. April. [Vom Hofe; Tagesnachrichten.] Der König konferirte gestern Vormittags 11 Uhr mit dem Fürsten von Hohenzollern und den Ministern v. Schleinitz und v. Roon in den königlichen Wartezimmern auf dem hiesigen Potsdam[illegible]hofe und nahmen an die[illegible] der Kronprinz und der [illegible] Adalbert theil. Da auch der Prinz Adalbert zugegen war, so dürfte in dieser außerordentlichen Konferenz nicht bloß die Polenfrage verhandelt worden sein, welche unsere Regierung in letzter Zeit vorzugsweise beschäftigte. Nachdem die Verhandlungen eine volle Stunde gedauert hatten, trafen auch die Königin, die Kronprinzessin ꝛc. auf dem Bahnhofe ein und die Herrschaften fuhren, wie schon gemeldet, nach Schloß Babelsberg, wo auch das Diner eingenommen wurde. — Heute Vormittag nahm der König die Vorträge der Geheimräthe Illaire und Costenoble und der Generaladjutanten v. Manteuffel und v. Alvensleben entgegen und empfing alsdann einige Militärs und andere hochgestellte Personen. Die Minister waren um 10 Uhr unter dem Vorsitz des Fürsten von Hohenzollern im Konferenzzimmer des Abgeordnetenhauses zu einer Berathung zusammengetreten und nach dem Schluß der Plenarsitzung der Abgeordneten, welcher schon um 12½ Uhr erfolgte, begaben sich der Fürst von Hohenzollern und die Minister v. Auerswald und Graf Schwerin in das königliche Palais. Später folgte auch der Minister v. Schleinitz, welcher zuvor noch in seinem Hotel mit dem Grafen Pourtalès konferirt und auch die Gesandten Rußlands und der Türkei empfangen hatte. Der König arbeitete etwa eine Stunde mit dem Fürsten und den Ministern und ertheilte darauf den Gesandten Bayerns und Hessens und dem hessischen Ministerresidenten v. Biegeleben im Beisein des Herrn v. Schleinitz eine Audienz. Der bisherige hessische Gesandte Graf Görtz, welcher alljährlich von Darmstadt auf kurze Zeit nach Berlin kam, während Herr v. Biegeleben hier als Ministerresident fungirte, ist bekanntlich abberufen worden und überläßt seinen bisherigen Posten am hiesigen Hofe dem Herrn v. Biegeleben. Auch die Königin ertheilte dem Grafen Görtz, der schon in den nächsten Tagen nach Darmstadt abreisen will, eine Abschiedsaudienz. Morgen will der König die Bataillone des Kaiser-Franz-Garde-Grenadier-Regiments auf dem Tempelhofer Felde besichtigen und am Mittwoch kommt das in Potsdam heute neu formirte Lehr-Inf.-Bataillon an die Reihe. Die dazu von sämmtlichen Armeekorps kommandirten Offiziere und Mannschaften waren bereits Mittags in Potsdam versammelt. — Der Kronprinz und die Kronprinzessin besuchten am Sonnabend Nachmittag das Zellengefängniß bei Moabit und hatte Dr. Wichern die Ehre, die Herrschaften bei der Besichtigung zu geleiten. Da diese ihren Besuch Tags zuvor hatten anmelden lassen, so hatte die Direktion im Saale der Anstalt eine Ausstellung von den Fabrikaten der Sträflinge veranstaltet, welche der Kronprinz und seine Gemahlin mit großem Interesse in Augenschein nahmen. Der Kronprinz besuchte auch einige Zellen und schaute den Gefangenen bei ihrer Arbeit zu. — Gestern Abend war der hiesige Potsdamer Bahnhof mit Auswanderern überfüllt. Mehr denn 200 waren mit dem niederschlesisch-märkischen Bahnzuge hier angekommen und gingen weiter nach Bremen, wohin sie von einem Agenten geleitet wurden. Die Mehrzahl dieser Auswanderer waren Schlesier, doch hatten auch die Provinzen Posen und Preußen ihr Kontingent gestellt. Auch diese Leute versicherten, daß neue Scharen im Anzuge seien. — Es ist hier eine bei J. Springer erschienene Broschüre ausgegeben worden, betitelt: „Die polnischen Forderungen in Betreff der Provinz Posen, gegenüber dem Rechte, den Verträgen und den Thatsachen." Die Schrift tritt namentlich dem Pariser Pamphlet: „Preußen und die Wiener Verträge", entgegen, weist die von dem letzteren an den Verträgen und Staatsschriften begangenen Entstellungen und Fälschungen nach und gründet ihre Ausführungen auf Aktenstücke und denselben entnommene solide Argumente.

Ω Berlin, 15. April. [Die Versuche mit Schießwolle.] Nach sicheren Mittheilungen aus Oestreich haben dort die Versuche, die Schießwolle an Stelle des Pulvers als Geschütz-

munition zu verwenden, nur bewiesen, daß dieses Material im gegenwärtigen Moment ziemlich noch ebenso weit von der Erreichung dieses Ziels entfernt ist, als es bei den Versuchen damit vor etwa 16 Jahren der Fall gewesen. In einem höheren Grade beinahe noch, da nach der neuen Zubereitung dieses Zündstoffes derselbe, was damals durchaus nicht der Fall war, einen so dichten, Augen und Lunge angreifenden Qualm verbreitet, daß die Verwendung der Schießwolle in geschlossenen Räumen, wie beim Feuern aus kasemattirten Festungswerken oder Schiffsetagen geradezu unmöglich erscheint. Selbst in der dem Geschoß verliehenen Tragweite steht übrigens, wie durch die neuesten Proben und Vergleiche bis zur Evidenz bewiesen worden, die Schießwolle dem Pulver bedeutend nach und können hierin die östreichischen Schießwollgeschütze mit den preußischen gezogenen Kanonen in gar keine Beziehung gesetzt werden. Die Annahme des preußischen gezogenen Geschützsystems von Seiten Oestreichs auch für die Feldartillerie (für die Festungsartillerie ist dasselbe bereits adoptirt worden), welche eben durch die Versuche mit den Schießwollgeschützen noch verzögert worden war, dürfte nach diesem Ergebniß nun wohl keinem Anstand mehr unterliegen, und ergiebt sich aus diesem Fall wieder einmal so recht schlagend, wie wenig Gewicht auf die Anpreisungen der öffentlichen Blätter bei Gelegenheit der Ankündigung neuer Erfindungen oder sonst neuer Erscheinungen zu legen ist. Aehnliche Resultate waren übrigens, wie man hört, auch früher schon bei den hierorts auf der großen Pulverfabrik zu Spandau mit der Schießwolle angestellten vorbereitenden Versuchen erzielt worden und steht, wie erst in der Absicht vorlag, ein weiterer Verfolg dieser letzteren jetzt wohl kaum mehr zu gewärtigen. Alle Nachrichten stimmen dagegen darin überein, die Benutzung der Schießwolle zu den unter dem Wasserspiegel angebrachten Seeminen als eine sehr glückliche und die Wirkung der Explosion derselben als eine überaus bedeutende zu bezeichnen, nur ist der Modus der Zündung dieser Minen und das ganze Verfahren der Legung und Benutzung derselben doch noch zu komplizirt, um die davon für die Vertheidigung von Seeplätzen zu erzielenden Vortheile schon als unbedingt sichere betrachten zu dürfen.

— [Die preußischen Staatsbahnen.] Der vom Abgeordneten Reichenheim erstattete Kommissionsbericht über den Jahresbericht des Handelsministers über die preußischen Staatsbahnen schließt mit dem Antrage, den Jahresbericht unter Anerkennung der gewonnenen Resultate für erledigt zu erachten. Dem Berichte liegt eine Reihe interessanter statistischer Nachweisungen bei, aus denen wir einige Resultate mittheilen wollen:

Das Anlagekapital der 214,40 Meilen preußischer Staatsbahnen beträgt 100,653,047 Thlr., wovon bis Ende 1860 92,872,159 Thlr. verwendet waren. Von dem Kapital wurden 61,200,000 Thlr. durch Staatsanlehen, 22,364,000 Thlr. durch übernommene Eisenbahnschulden und 17,089,047 Thlr. aus dem Eisenbahnfonds und durch Betriebsüberschüsse aufgebracht. Die sämmtlichen preußischen Eisenbahnen umfaßten Ende 1860 bei einer Länge von 769,03 Meilen ein Anlagekapital von 369½ Mill.; konzessionirt und im Ausbau begriffen sind 38,34 Meilen mit 36 Mill. Kapital. Von der Gesammtsumme von 808,8 Meilen und 405,800,000 Thlr. kommen auf die Staatsbahnen 214,03 Meilen mit 99 Mill. Thlr., auf die Privatbahnen 592,45 Meilen mit 306,800,000 Thlr. Kapital. Von den Kapitalien der Privatbahnen sind 25,900,000 Thlr. Stammaktien und 73,794,900 Thlr. Prioritäten durch den Staat garantirt, so daß also der Staat im Ganzen unmittelbar aufgewandt und garantirt hat ca. 200 Mill. Eisenbahnkapitalien, wogegen 208 Mill. rein aus Privatmitteln aufgebracht sind. Von den Staatsbahn- und garantirten Privatbahnkapitalien fallen 103,414,003 Thlr. auf die östlichen, 96,933,944 Thlr. auf die westlichen Provinzen, so daß in den östlichen an Eisenbahnkapitalien 24,465 Thlr. per Quadratmeile und 7931 Thlr. per 1000 Einwohner vom Staate aufgebracht resp. garantirt sind, in den westlichen Provinzen dagegen 113,370 Thlr. per Quadratmeile und 20,788 Thlr. per 1000 Einwohner, auf die westlichen Provinzen fällt also im Verhältniß des Flächenraums fast das Fünffache, im Verhältniß der Einwohnerzahl fast das Dreifache an Staatsaufwendungen für das Eisenbahnwesen. Nach den einzelnen Provinzen kommen auf die Quadratmeile Eisenbahnmeilen: in Preußen 0,02, Posen 0,09, Brandenburg 0,14, Pommern 0,06, Schlesien 0,21, Sachsen 0,20, Westfalen 0,21, Rheinprovinz 0,24; auf je 100,000 Einwohner kommen Eisenbahnmeilen in Preußen 1,46, Posen 3,61, Brandenburg 4,48, Pommern 2,80, Schlesien 4,73, Sachsen 4,78, Westfalen 4,88, Rheinprovinz 3,77, im ganzen preußischen Staate 3,80, in England 7, in Belgien 4,6, in Braunschweig 6,3, in Hannover 4,9, Sachsen 4,2, Bayern 4,2, in Frankreich 3,4 und nach Ausführung der im Bau begriffenen Bahnen 6,3.

— [Englands Stellung zur holsteinschen Frage.] Der „K. Z.“ schreibt man von hier: Die „Indépendance“ läßt sich aus Paris schreiben, daß kürzlich die bittersten Depeschen zwischen Preußen und England in Betreff der holsteinschen Frage gewechselt worden. Diese Nachricht beruht auf nicht geringer Uebertreibung, wenn es auch leider unleugbar ist, daß die Auffassung des englischen Ministeriums in dieser Frage weit davon entfernt ist, die gerechten Forderungen Deutschlands anzuerkennen. Die neueste Erklärung des Unter-Staatssekretärs Lord Wodehouse im Oberhause gibt wiederum davon Zeugniß. Die englische Politik nimmt noch immer einen Vermittlungsstandpunkt ein, der auf einer gänzlich oberflächlichen Beschauung der Thatsachen beruht und welchem nicht Folge gegeben werden könnte, ohne das Recht Deutschlands und der Herzogthümer der dänischen Willkür Preis zu geben. Trotzdem liegt es außer dem Bereich vernünftiger Annahme, daß England in der gegenwärtigen Lage Europa's ernstlich die Partei Dänemarks gegen Deutschland ergreifen könnte.

— [Obertribunalsentscheidungen.] Das Plenum des königl. Obertribunals hat in dem Prozesse der Stadt Halle gegen die Staatsregierung wegen Bezahlung der Polizeigehalte entschieden, daß in Städten, wo der Staat den Polizeidirektor anstelle, derselbe auch die Gehalte sämmtlicher Beamten bezahlen müsse. — Das „Justizministerial-Blatt“ enthält ein Erkenntniß des Obertribunals, worin ausgeführt wird, daß in schwurgerichtlichen Untersuchungssachen der Ort und die Zeit des begangenen Verbrechens, so wie das Alter des Angeschuldigten, sofern diese Umstände auf die Strafbarkeit desselben von Einfluß sind, von den Geschwornen, und nicht durch den Gerichtshof festgestellt werden müssen.

— [Justizministerial-Verfügung.] Das „Justizministerial-Blatt“ enthält eine allgemeine Verfügung des Justizministers vom 4. d., wonach den Einzelrichtern bei den Gerichtskommissionen nur dann Urlaub ertheilt werden darf, wenn ihre Vertretung durch einen andern an demselben Orte oder in der Nähe befindlichen Richter besorgt werden kann, oder wenn sich die Vertretung durch ein Mitglied des Kreisgerichts bewirken läßt. Die dadurch entstehenden Reisekosten und Diäten hat der vertretene Einzelrichter zu tragen; eine Erstattung aus Staatsfonds findet nur dann statt, wenn der Urlaub in Krankheitsfällen zur Wiederherstellung der Gesundheit ertheilt worden ist.

— [Eine brennende Kohlengrube.] Aus Niederschlesien schreibt man der „N. P. Z.“: Sie wissen vielleicht, daß wir längst oberhalb Hermsdorf im Waldenburger Bergbezirk ein brennendes Kohlenrevier hatten, was denn in anderer Art wie zu Planitz bei Zwickau zu der Anlage des freundlichen, allen Kurgästen Salzbrunns wohlbekannten Florabassins führte. Dort ist man des Brandes mächtig geworden. Im Spätherbst v. J. brach auf der fürstl. Pleß'schen Kreuzgrube ein mächtiger unterirdischer Brand aus, der durch doppelte, wenn ich nicht irre, dreifache innere Ummauerung nicht zu bewältigen blieb, so daß man etwa sechs Wochen vor Weihnachten zur überaus kostspieligen Abteufung des Schachtes von oben nach der Sohle des Brandherdes geschritten ist. Wenn man von dem Waldenburger Thalkessel die Kunststraße nach Neurode verfolgt und die höchste Spitze derselben, die Stadt zu Füßen, gewonnen hat, stößt man auf diese Grube und auf einen offenen, oben in Quadrat nach unten trichterförmig abgeteuften Schacht, dessen Gänge man verfolgen kann. Die Flammen schlugen oft sechs Fuß empor! Aus allen Flanken stößt heißer Dunst hervor; Hunderte von Arbeitern sind unaufhörlich beschäftigt, nach der Tiefe zu dringen! Eine Masse von Kindern und Frauen benutzen diese Gelegenheit und lesen die Kohlen aus der herausgeschafften Erde heraus, so daß das Ganze einen ebenso seltenen als merkwürdigen Anblick gewährt! Der Schaden für den fürstlichen Besitzer ist sehr bedeutend. Da bis zur Badezeit nicht fern mehr hin ist, erwartet die Kurgäste die Anschauung eines gleichsam vulkanischen Kraters ohne Ausbrüche und Lavagefahren, gleichwohl aber mit einem tiefen Einblick in die Feuerwerkstätten der Natur.

Halle, 14. April. [Pensions- und Wittwenkassenverein für die Rechtsanwalte.] In der letzten Hälfte des vergangenen Jahres hatte sich unter den Rechtsanwalten in Magdeburg ein Komité gebildet, um die Gründung eines Pensions- und Wittwenkassenvereins für die Rechtsanwalte der Provinz Sachsen anzubahnen, zu diesem Zwecke den erforderlichen Statutenentwurf ausgearbeitet und den Betheiligten zur Begutachtung vorgelegt. Nachdem diese Vorbereitungen längere Zeit in Anspruch genommen, war auf den 7. d. hier auf dem Jägerberge eine Generalversammlung der Rechtsanwalte aus den Bezirken der drei Appellationsgerichte zu Magdeburg, Halberstadt und Naumburg a. d. S. zur endgültigen Feststellung des Statuts angesetzt worden. Zu derselben hatten sich denn auch eine hinlängliche Zahl von Betheiligten eingefunden, welche diese Arbeit unter dem Vorsitze des Geh. Justizraths Dr. Silberschlag vollendeten.

Koblenz, 12. April. [Präsident Delius †.] Gestern früh starb der Vizepräsident der hiesigen Regierung Eduard Delius.

Magdeburg, 14. April. [Die Wiedertrauung Geschiedener.] Mit großem Interesse ward in diesseitigen Kreisen ein durch Zufall bekannt gewordenes Reskript des Konsistoriums in der Provinz Brandenburg in der Wiedertrauungsfrage von nicht auf Grund kirchlicher Satzungen Geschiedener gelesen. Ein Pastor in der Mark hatte sich nämlich erlaubt, eine solche durch Zivilakt wieder geschlossene Ehe als ungültig und resp. als eine bloße Scheinehe zu erklären. Das Konsistorium verwies aber dem Pastor dieses, indem es ihm in eingehender Motivirung bemerklich machte, „daß die Kompetenz zur Prüfung der Trauungsgesuche geschiedener Personen in keiner Weise einer Jurisdiktion in streitigen Ehesachen gleich zu achten, sondern die Kirche, welche der weltlichen Obrigkeit das Recht und die Pflicht zugestehe, in Ehesachen zu richten, auch anerkennen müsse, daß von dem Fortbestehen der Ehe nicht die Rede sein könne, wenn das Scheidungsurtheil rechtskräftig geworden.“ (V. Z.)

Oestreich. Wien, 13. April. [Erklärung des Graner Komitats; die Juden in Ungarn; eine Engländerin.] Das Graner Komitat hat einstimmig erklärt, daß es die von den in Wien residirenden Regierungsmännern ausgeübte Einmischung und deren faktischen Regierungseinfluß auf die inneren Angelegenheiten Ungarns für rechtlos usurpirt und ebenso das Resultat dieses Einflusses, das Patent vom 26. Februar, sowie den in Folge desselben zu bildenden Reichsrath als eine Institution, welche die Grundgesetze und Rechte unseres Vaterlandes verletze, für ungesetzlich und für nicht verbindlich betrachtet. Zugleich erklärt es, daß es ohne Ansehen der Person Jeden, der an der Bildung dieses Reichsrathes, gleichviel, ob als Wähler oder Gewählter, Theil zu nehmen nicht anstehen würde, als einen gegen das öffentliche Wohl des Vaterlandes sich Erhebenden und als einen Gegenstand der allgemeinen Verachtung, als Vaterlandsverräther brandmarken werde, damit er aus der Gesellschaft aller ehrenhaften Männer ausgeschlossen und sein Name der Schande übergeben werde. — Einige Zeit vor der bekannten Graner Konferenz hatte sich eine Deputation von Israeliten nach Gran begeben, um beim Fürsten-Primas den Antrag zu stellen, er möge gelegentlich der Konferenzen auch der Juden gedenken. Damals erhielt die Deputation den Bescheid, daß es nicht die Aufgabe der Konferenz sei, Gesetze zu erlassen, er werde aber seiner Zeit daran denken, daß auch den Israeliten in Ungarn der Genuß der Menschenrechte gesichert werde. Es wurde nun unlängst von Pesth aus an das damalige gnädige Versprechen erinnert und folgte darauf die Antwort, es werde Se. Eminenz freuen, wenn gelegentlich des Landtages eine Landesdeputation der Israeliten ihm, dem Primas, eine auf die Emanzipation der Israeliten bezügliche Petition einreichen möchte; er werde dann beim Landtage selbst die bezüglichen Anträge stellen und mit seinem ganzen Einfluß unterstützen. — Der „Presse“ wird aus Pesth geschrieben: Eine reizende Tochter Albions, welche übrigens ein famoses Deutsch spricht, ist, wie man sagt, in „außerordentlicher Mission“ aus London hier angekommen und im Hotel de l'Europe abgestiegen; sie soll zwanzig Briefe, adressirt an Stephan, Georg und Eduard Karolyi, Ziedényi, Liechtenstein, Baron Vay, Zichy und mehrere andere Namensträger der Aristokratie, mitgebracht haben. Die Briefe mußten angeblich noch des Nachts an die Adressaten gesendet werden. Am folgenden Tage empfing die Dame, welche sich Blax Borris geborne Stuart nennt, Besuche und machte mit den Karolyi's einen Spazirritt ins Stadtwäldchen. Ihr Benehmen ist chevaleresk, ihre Gestalt athletisch. Sie wird morgen die Rückreise nach London über Triest und Mailand antreten.

— [Dr. Berger und Schuselka.] Ein arger Skandal wird in dem Feuilleton eines hiesigen Abendblattes aufgedeckt; danach hätte ein liberaler Landtagsabgeordneter einen der populärsten seiner Parteigenossen in diesen Tagen wegen einer durch Zession erlangten Forderung von 200 Gulden exekutivisch verfolgt. Es ist ein öffentliches Geheimniß, daß Dr. Berger, der bewunderte Vertheidiger Richters, dieser gesinnungstüchtige Gläubiger, Franz Schuselka das unglückliche Opfer seines „politischen Freundes“ ist. (Schuselka hat in Folge dieser Vorgänge sein Mandat als Abgeordneter zum niederöstreichischen Landtage niedergelegt. D. Red.) Da werden denn freilich die chevaleresken Patrioten jenseits der Leitha Revanche nehmen können für manchen argen Spott, den man ihnen bei uns in Wort und Schrift jetzt angethan. Aber in der That, die Handlungsweise ist unerhört in der freilich noch sehr jungen parlamentarischen Geschichte Oestreichs und eine liberale Fraktion, deren Mitglieder einander in den Personalarrest besorgen, ist gewiß die absonderlichste Art von „Interessenvertretung“, welche je in einer politischen Körperschaft zur Geltung kam. (Schl. Z.)

— [Der ungarische Landtag; Graf Teleky.] Im ungarischen Unterhause ist die Aufrechterhaltung der Ordnung den Studenten anvertraut, welche mit nationalen Schärpen und gezogenen Säbeln an den Eingängen und auf den Tribünen Wache halten. Das Präsidium führt noch Alterspräsident v. Paloczy, ein sehr alter Herr, bereits seit den dreißiger Jahren Mitglied des Unterhauses, damals als konservativ bekannt, seit den letzten zwölf Jahren aber in der Reihe der entschiedensten nationalen Opposition. Er besitzt keine der Eigenschaften, welche ihn zum Präsidenten empfehlen könnten, die Unruhe des Hauses vermag er kaum zu beherrschen und spricht so leise, daß er nur in der Nähe zu verstehen ist. Zudem erschwert der ungenirte Ton, der im Hause herrscht, die Führung des Präsidiums ungemein. In der Sitzung vom 9. d. wurde der Präsident zweimal unterbrochen, ohne daß sich der Redende zum Wort gemeldet hatte, und die häufigen „Eljens“ und „Halljuk“ (hört), welche von den Seiten erschallen, machen den fortwährenden Lärm noch größer. Der Antrag eines Deputirten, die Betheiligung der Landesvertretung an der Szechenyifeier des vorigen Tages zu Protokoll zu nehmen, wurde angenommen. In derselben Sitzung kam es zu einer Demonstration gegen Hrn. v. Dobransky. Dieser ist in einem ruthenischen Wahlbezirke mit eminenter Majorität gewählt und genießt bei seinen Landsleuten eines großen Ansehens, ist aber bei den Magyaren wegen seiner panslavistischen Gesinnungen mißliebig. Hr. v. Dobransky verließ das Haus, da ein Ordnungsruf von Seiten des Präsidenten nicht erfolgte. — Bei der Szechenyifeier wurde Graf Ladislaus Teleky von der Pfarrkirche bis nach seiner Wohnung unter dem fortwährenden Geschrei: „Es lebe Graf Ladislaus Teleky, Palatin von Ungarn!“ geleitet und bei jedem Erscheinen mit anhaltendem Eljen begrüßt. Schon jetzt wird er als Führer der jungliberalen Partei bezeichnet, während Deak an der Spitze der liberal-konservativen Fraktion steht. Da Teleky mehr geneigt ist, der Volksstimmung des Augenblicks Konzessionen zu machen als Deak, und noch überdies die Majorität des Hauses und den Glanz des Namens für sich hat, meint man, daß er, wie er Deaks Ansehen schon jetzt verdunkelt hat, denselben auch in allen wichtigen Fragen, in welchen ihre Ansichten auseinandergehen, schlagen werde.

— [Ueber den ungarischen Landtag] schreibt die „Ostd. Post“: „Es ist kaum daran zu zweifeln, daß bei den Berathungen über das Inaugural-Diplom die Forderungen, welche man seit Beginn der Bewegung aufgestellt hat, auf das Bestimmteste werden formulirt werden; das Inaugural-Diplom wird sich praktisch nach Form und Inhalt als eine Wahlkapitulation darstellen. Man giebt sich in Pesth in diesem Augenblicke der Hoffnung hin, daß von der Regierung selbst die ersten Schritte zur Befriedigung dessen, was man die Wünsche des Landes nennt, werden gethan werden. Die offene Erklärung der Personalunion, die Einsetzung des selbständigen und verantwortlichen ungarischen Ministeriums sind Dinge, die man von den nächsten Tagen erwartet, mit denen man auch die Reise des Grafen Apponyi nach Wien in Verbindung bringt. Selbst Konzessionen zu machen, ist man freilich in Pesth weniger als je entschlossen. Wenn vor wenig Tagen das Graner Komitat jeden zum Landesverräther gestempelt hat, der an der Beschickung des Reichsrathes Theil nehmen würde, so ist dies keine bloß singuläre Erscheinung, es ist der Ausdruck dessen, was auch die überwiegende Mehrheit der Vertreter Ungarns denkt und aussprechen wird. Welchen Charakter mithin die Sessionen des ungarischen Landtages annehmen werden, ist klar. Die Sprache in denselben wird ein Echo der Sprache sein, welche die Komitate führten: die Sprache des energischsten Widerstandes, in ehrfurchtsvolle Formen gekleidet. Es ist charakteristisch für die augenblickliche Lage der Dinge, daß die Partei Deak-Eötvös die einzige ist, von welcher der ungarische Theil der Regierung einige moralische Unterstützung erwarten darf.“

Wien, 14. April. [Tagesbericht.] Die gestern aus Prag angelangte Deputation des böhmischen Landtages wurde um die Mittagsstunde vom Kaiser empfangen. Der Oberst-Landmarschall Graf Nostiz trug in deutscher, Dr. Wanka in böhmischer Sprache die Bitte vor, Se. Majestät möge sich in Prag als König von Böhmen krönen lassen. Der Kaiser erwiderte, der „Wien. Z.“ zufolge, in deutscher und böhmischer Sprache und ertheilte die Zusicherung, daß er geneigt sei, die Bitte des böhmischen Landtages zu gewähren. — Johann Török (Redakteur des zu Pesth erscheinenden „Hirnök“) erhielt am 11. d. eine Katzenmusik wegen eines gegen das evangel. Kirchenblatt gerichteten Artikels. Das genannte Blatt hatte ein die katholische Kirche beleidigendes Aktenstück aus dem Jahre 1790 reproduzirt. — Am 12. d. hat zu Hermannstadt die Eröffnung der Landeskirchenversammlung A. K. mit einem feierlichen Gottesdienste stattgefunden. Hierauf hat sich die Versammlung konstituirt und die Legitimation der Mitglieder vorgenommen. Die Verhandlungen sind öffentlich. — Wie in der „Lemb. Z.“ amtlich mitgetheilt wird, ist der „Przegląd“ auf die Dauer dreier Monate unterdrückt worden, nachdem diese Zeitschrift bereits früher zwei Verwarnungen erhalten. Der „Przegląd“ machte es sich, wie der betreffende Erlaß des Statthaltereipräsidiums sagt, „zur beharrlichen Aufgabe, durch Ausbeutung der nationalen Agitationen in den Landestheilen des ehemaligen Polenreiches, sowie in der Besprechung der inneren Vorgänge im Kronlande separatistische Zwecke anzustreben, die Angelegenheiten Ungarns in einer der Integrität des Reiches feindseligen Richtung hinzustellen und durch Bespöttelung und Herabwürdigung der Verfügungen der Regierung Mißtrauen gegen letztere und deren Organe zu wecken.“

Prag, 12. April. [Vom Landtage.] Der Landtag hat gestern eine Dankadresse an Se. Majestät einhellig votirt; eben so wurde der vom Erzbischof ausgehende Antrag, eine Deputation nach Wien mit der Bitte zu entsenden, Se. Majestät möge sich als König von Böhmen krönen lassen, mit Einstimmigkeit angenommen. Diese Deputation wird aus zwölf Mitgliedern bestehen, darunter der Erzbischof und der Landtagsmarschall. (S. oben.)

Pesth, 12. April. [Vom Landtage.] Die heute Abend in einer Privatkonferenz stattgehabten Debatten lassen voraussehen, daß der Vorschlag Eötvös's zu einer Adresse an den Kaiser in der Minorität bleiben werde. Der Gegenvorschlag geht dahin, kein Manifest zu erlassen, sondern den einfachen Beschluß dem Judex curiae zu übermitteln. Voraussichtlich wird dieser Vorschlag eine

Majorität von 100 Stimmen erhalten. Wie es heißt, ist zu morgen eine Sitzung des Unterhauses beschlossen und sollen sodann auf acht Tage Ferien eintreten. Die Sympathie für Deak ist im Abnehmen, weil derselbe nicht unbedingt für ein selbständiges ungarisches Finanz- und Kriegsministerium stimmt. Die Theilung in Parteien ist bereits eingetreten. Die Magnatentafel will auf die Gesetze vor 1848 zurückgehen, die liberale Partei an den Gesetzen von 1848 festhalten.

Venedig, 9. April. [Zur Stimmung.] Der „Presse" wird von hier geschrieben: Einen neuen Anlaß, den Gefühlen des Unmuths Luft zu machen, giebt der hiesigen Bevölkerung der Umstand, daß seit dem 2. d. die Preise für die so beliebten Virginiazigarren wieder in Silber gezahlt werden müssen, ohne daß diese Zigarrensorte von 3½ Nkr., auf welche sie bei Einführung des Papiergeldes erhöht worden war, wieder auf ihren ursprünglichen Preis von 3 Kr. herabgesetzt worden wäre, da nun doch die Zahlungen wieder in Silber geleistet werden, und man beschuldigt die Regierung, jede Gelegenheit zu benutzen, die Abgaben zu vermehren. Es ist dies nun zwar auf den ersten Blick eine Kleinigkeit, nichtsdestoweniger macht dieselbe aber sehr böses Blut.

Hannover, 12. April. [Adresse an den König.] Die von der politischen Versammlung beschlossene Adresse an den König lautet also:

Allerdurchlauchtigster Großmächtigster König, Allergnädigster König und Herr! Eine Versammlung unabhängiger Männer aus allen Theilen des Landes, welche hier in Hannover zusammengetreten ist, fühlt sich berufen und verpflichtet, vor Ew. königlichen Majestät in diesen gefahrdrohenden Zeiten ein offenes Zeugniß über die Gefühle, Befürchtungen und Erwartungen des hannoverschen Landes abzulegen. Die regelmäßigen Vertreter des Landes sind nicht versammelt, auch sind unter ihnen, welche auf Grund eines, den Zuständen unserer politischen Entwickelung nicht mehr entsprechenden Wahlgesetzes und unter ganz andern Zeitverhältnissen gewählt wurden, so viele abhängige Diener der jetzigen Verwaltung, daß sie die wahre Ansicht der Mehrheit der Bevölkerung schwerlich wiedergeben können. Die einheimische Presse steht unter der Herrschaft von Verwaltungsbehörden, welche nicht gleich Gerichten an bestimmte gesetzliche Schranken sich gebunden erachten, und selbst die auswärtige Presse ist durch Entziehungen des Postdebits oder durch die Furcht vor Verboten abhängig geworden. Und doch thut es heute mehr als jemals Noth, daß des Landes wahre Meinung ungeschminkt und unverfälscht dem Landesherrn offenbar werde. Von allen Seiten wachsen die Gefahren für Deutschlands und Hannovers Sicherheit und Existenz. In nächster Nähe wagt ein kleines Volk, übermüthig geworden durch die Hoffnung auf mächtige Hülfe und leider auch durch deutsche Schwäche, die wichtigsten Interessen Deutschlands und die begründetsten Rechte der deutschen Herzogthümer Schleswig-Holstein hartnäckig auf das Empfindlichste zu verletzen. Oestreich ringt mit den schwersten inneren und äußeren Bedrängnissen. Große und kräftig organisirte Militärstaaten umgeben die zerrissene deutsche Nation. Schon strecken mächtige Nachbarn, lüstern nach Vergrößerung und ermuthigt durch den Mangel aller einheitlichen Gestaltung der Gesammtheit deutscher Nation, ihre begehrliche Hand deutlich genug nach deutschen Grenzprovinzen aus. Das deutsche Volk, ohne Schutz seiner Küsten, ohne eine heute allen selbständigen Nationen unentbehrliche Kriegsflotte, ohne ein nach einheitlichem Plan organisirtes und geleitetes Heer, steht diesen Gefahren schwach und mangelhaft gerüstet gegenüber. Ohne Beispiel in der Geschichte fühlt ein Volk von 40 Millionen, tapfer von Natur und voller Hülfsquellen durch die Arbeiten eines langen Friedens, sich inmitten Europa's unsicher und in seiner unabhängigen Existenz bedroht. Große Opfer, gewaltige Anstrengungen werden erforderlich sein, diese Gefahren zu überwinden, und wie in den Jahren 1813 — 1815 wird an die Seite des seinen alten Ruhm immerdar bewährenden regulären Militärs in kräftigen Aufschwung das deutsche Volk treten müssen, in dessen Muth und Opferfreudigkeit allein Rettung zu finden ist. Soll das Volk aber solchen Muth und solche Opferfreudigkeit entwickeln, sollen seine Anstrengungen nicht vergebliche sein, so thut es vor Allem Noth, daß den berechtigten Wünschen und Bedürfnissen desselben in vollem Umfange entsprochen werde. Wohlfühlen muß sich der Deutsche in seiner Heimath, um sie mit Erfolg vertheidigen zu können. So ist es, mit Schmerz sprechen wir es aus, in unserem Lande nicht. Eine von Ew. königlichen Majestät Hochseligem Herrn Vater mit den Ständen des Landes auf gesetzlichem Wege vereinbarte Verfassung, unter deren Herrschaft die Wohlfahrt des Königreichs in raschem Emporblühen begriffen war, ist beseitigt durch einen unberechtigten Eingriff des Bundestags, und an die Stelle des alten Verfassungsrechts ist eine Verordnung getreten, welche keine Gewähr für gesicherte Zustände und eine gedeihliche Entwicklung darbietet. Fast alle Freiheitsrechte des Landes sind gefallen, die Freiheit der Presse, der Versammlung, ja selbst der Bitte auf das Wesentlichste beeinträchtigt. Ein Ministerium, dem das Vertrauen des Landes völlig fehlt, hat die Einwirkung der Vertreter des Landes auf die Verwaltung des politischen Körpers auf ein äußerstes Maaß zurückzuführen gewußt, die früher so blühenden Finanzen des Landes ernstlich gefährdet, die Steuerlast schon jetzt im Frieden erheblich vermehrt, die Selbständigkeit der Städte und Kommunen wesentlich beschränkt und seine Aufgabe überhaupt darin gesucht, in immer größerer Ausdehnung an die Stelle lebendiger Theilnahme des Volks an der Verwaltung von Staat und Gemeinde die vorgeschriebene Thätigkeit öffentlicher Diener zu setzen, welche es durch eine veränderte Gesetzgebung und Praxis fast unbedingt abhängig gemacht hat. Dies Alles hat im Königreiche eine tiefe und durch alle Kreise verbreitete Mißstimmung hervorgerufen, eine Mißstimmung, welche, in solchem Umfange gefährlich in allen Zeiten, unter den jetzigen schwierigen Verhältnissen das Heil und die Zukunft unseres Landes im innersten Kerne zu zerstören droht. Nach unserer innigsten Ueberzeugung giebt es nur einen möglichen Weg heilsamer Umkehr: Beseitigung des jetzigen Verwaltungssystems, Wiederherstellung des alten verfassungsmäßigen Landesrechts. Dann, Allergnädigster König und Herr, wird das hannoversche Volk, wie in den Tagen der Abschüttelung der Fremdherrschaft, alle Opfer willig tragen, allen Gefahren freudig und muthig entgegengehen und nach altem Brauche überall da in vorderster Reihe stehen, wo es gilt, deutsches Recht und deutsche Freiheit zu vertheidigen. Dies ist unsere freimüthige und ehrfurchtsvolle Bitte. Sie ist gethan aus innerstem Herzensdrange. Möge Ew. Majestät sie gnädig aufnehmen und betrachten als den Ausdruck der Auffassung und der Gefühle unabhängiger Männer, welche hervorgegangen aus den verschiedensten Schichten der Bevölkerung und aus allen Provinzen des Königreichs, vertraut mit der im Lande herrschenden Stimmung, lediglich durch das Gefühl der Pflichten gegen ihr Land und seinen Herrscher sich gedrungen sehen, in so ernster Zeit ihre Stimmen zu erheben, in der Hoffnung, daß bald den Vertretern des Königreichs Gelegenheit gegeben werde, über die Lage des Vaterlandes sich auszusprechen.

— [Ernennungen; Medizinalpolizei; gegen Thierquälerei; Literarisches.] Der König hat, wie aus dem amtlichen Theile der „Hannov. Ztg." zu ersehen, den Regierungsrath v. Borries in die Abtheilung des Staatsraths für die Entscheidung von Kompetenzkonflikten, und den Regierungsrath Hoppenstedt zu dessen Ersatzmann und zum außerordentlichen Mitglied des Staatsraths berufen. Herr v. Borries und der Minister des Innern sind Brüder, und keineswegs feindliche; Herr Hoppenstedt steht seit zwölf Jahren einem Verwaltungsamte in der Provinz vor, bis dahin hatte er im vormärzlichen Ministerium des Innern gedient. Durch die Wahl beider Herren gewinnt also das heutige System Stützen im Staatsrath. — Die hiesige Landdrostei schärft den Obrigkeiten, so wie den Land- und Stadtphysikern ein, das wachsamste Auge auf die sogenannten Wunderdoktoren und die überhand nehmenden marktschreierischen Angebote von angeblichen Heil- und Geheimmitteln zu haben und mit allen zu Gebote stehenden Mitteln gegen derartigen Unfug einzuschreiten. Gewiß eine dankenswerthe Mahnung; nur ist es schlimm, daß einzelne Fälle vorliegen, wo dergleichen Wundermännern oder ungelehrten Heilkünstlern die ärztliche Praxis förmlich und gegen den dringendsten Rath des Obermedizinalkollegiums gestattet wurde. — Zur Steuerung von Thierquälerei hat der Minister des Innern mit Genehmigung des Königs einschränkende Bestimmungen gegen die Benutzung von Hundefuhrwerken erlassen. — Dr. Oppermann kündigt den zweiten Band seiner hannoverschen Parlamentsgeschichte an, deren erste Hälfte in Deutschland mit nicht geringem Antheil aufgenommen wurde. Dieser zweite Band wird die politische Geschichte Hannovers in den Jahren 1848—1860 umfassen und zugleich eine chronologische Uebersicht der gleichzeitigen europäischen Ereignisse geben, welche auf die Geschicke Europa's einwirkten, Beides von einer reichen Sammlung von Aktenstücken begleitet. Der Druck soll jedenfalls im Laufe d. J. beendigt werden. (Pr. Z.)

Anhalt. Dessau, 14. April. [Päpstliche Auszeichnungen.] Der Papst hat unserem Herzog durch einen besonderen Abgesandten, den Abbate Aloisi, eine schwarze marmorne Tischplatte, in deren Mitte sich ein prachtvolles Fruchtbouquet aus feinster Mosaikarbeit befindet, sowie dem Minister v. Plötz und drei anderen Personen Ordensdekorationen überreichen lassen.

Frankfurt a. M., 14. April. [Vom Bundestage.] Aus der gestrigen Bundestagssitzung ist hervorzuheben die einstimmig erfolgte Annahme der von der Nürnberger Handelskommission bezüglich der Wechselordnung gemachten Vorschläge, nachdem der handelspolitische Ausschuß gestern über diese Angelegenheit einen längeren Vortrag gehalten. (Fr. J.)

Hessen. Kassel, 12. April. [Wahlen; Diplomatie; Kirchliches.] Die gestern vorgenommenen Ergänzungswahlen für den Bürgerausschuß sind sämmtlich im liberalen Sinne ausgefallen. Gewählt wurden unter Anderen die Obergerichtsanwalte Dr. Harnier und Henkel. — Der östreichische Gesandte am hiesigen Hofe Graf Karnicki ist seit mehreren Tagen wieder hier, hatte aber noch keine Audienz beim Kurfürsten. — Die Elisabethkirche in Marburg ist am ersten Osterfesttage dem Gottesdienste wieder übergeben worden.

Holstein.. Itzehoe, 12. April. [Schluß der Ständeversammlung.] Gestern wurde die holsteinsche Ständeversammlung geschlossen. Der Präsident eröffnete die letzte Sitzung mit der Mittheilung, daß er ein Schreiben vom k. Kommissar empfangen, wonach das allerunterthänigste Bedenken der Ständeversammlung über den Entwurf betreffend die provisorische Stellung Holsteins wegen der darin aufgenommenen, die inneren Verhältnisse Schleswigs betreffenden Aeußerungen nicht habe entgegengenommen werden können. Der Präsident äußerte sein Bedauern darüber. Die Versammlung sei nicht davon überzeugt worden, daß es ihr nicht zustehe, auch Verhältnisse, die einen andern Theil der Monarchie betreffen, zum Gegenstand ihrer Motive zu machen. Das Bedenken werde im ständischen Archive niedergelegt werden, von wo es die Regierung jederzeit erhalten könne. (Die Nachricht anderer Blätter, daß dasselbe von Amtswegen der deutschen Bundesversammlung überreicht werden sollte, war also unrichtig.) In gewohnter Weise gab der Präsident darauf eine Uebersicht über die Thätigkeit der Versammlung: 294 Petitionen sind eingegangen und über 21 derselben ist Bericht erstattet (5 sind zur Berücksichtigung empfohlen, hinsichtlich der übrigen zur Tagesordnung übergegangen); 2200 Adressen, betreffend die politische Lage des Landes. Die größte Zeit und die meisten Arbeitskräfte haben die drei Vorlagen in Anspruch genommen. Der Grund, warum alle Verhandlung zu keinem Resultat führt, liegt nach der Ansicht des Präsidenten darin, daß die Mitglieder des Ministeriums durch ihre politische Vergangenheit an folgendes Programm gebunden sind: vollständige Verbindung aller Theile der Monarchie zu einer Gesammtmonarchie mit absoluter Unterordnung der deutschen Nationalität, eventuell Aussonderung Holsteins. Man möge die leitenden Maximen revidiren und das Programm ändern. Nachdem das Ausschußmitglied Mannshardt den Gefühlen des Dankes gegen den Präsidenten Ausdruck gegeben und den Wunsch ausgesprochen, daß dieser Ehrenmann dem Lande lange erhalten bleiben möge (die Versammlung erhob sich, um ihre Zustimmung kundzugeben), schloß der k. Kommissar die elfte außerordentliche holsteinsche Ständeversammlung und sprach vorher sein Bedauern darüber aus, daß die Verhandlungen nicht zu dem von der Regierung gewünschten Ziele geführt. Im eigenen Namen fügte er den Wunsch hinzu, daß die Zeit bald kommen möge, wo die Versammlung im Einverständniß mit der Regierung an der Lösung solcher Fragen arbeiten könne, welche die inneren Verhältnisse Holsteins betreffen.

Schleswig. Tönning, 10. April. [Rüstungen.] Die hier angekommenen Kanonenboote und das Transportschiff haben eine Besatzung von 500 Mann, welche im hiesigen Zollpackhause einquartirt sind; man erwartet von der See her noch einige Dampfkanonenboote und zwei andere Dampfschiffe. Die „Westslesv. Tidende" beklagt das geringe Entgegenkommen der Tönninger Bevölkerung. Man habe schon an den ersten Abenden die dänischen Gesänge der Mannschaften mit „Schleswig-Holstein meerumschlungen" erwidert; man vermeide die Hafengegend, um nicht die „verhaßten Farben" zu sehen, und ganz bezeichnend für die Stimmung sei der Umstand, daß, als bei der Ankunft der Kanonenboote die Hülfe von Lootsen verlangt wurde, diese Herren nicht zu finden gewesen, indem sie alle „spaziren gegangen". — Der General Schlegel hat vor einigen Tagen die Richtung der Schanzarbeiten bei Friedrichstadt inspizirt, und es werden dieselben jetzt mit vermehrter Kraft betrieben. Wie es heißt, werden auch Anstalten getroffen, um das Treenethal und die Südermarsch unter Wasser setzen zu können. — In Sonderburg ist am 7. d. der Amtmann, Kammerherr Heltzen, eingetroffen, um die Expropriation in Betreff der Düppeler Befestigungen zu leiten.

Schleswig, 12. April. [Rüstungen.] Die Schanzarbeiten auf dem Düppeler Berge haben jetzt ihren Anfang genommen, nachdem Major Glahn vom Ingenieurkorps hier gewesen ist und das ganze Terrain besichtigt hat. Es sollen in Allem sieben Werke angelegt werden. Zu den Blockhäusern ist das zugehauene Zimmerholz längst aus Kopenhagen hier angekommen. Zwölf große Batterien werden vom sogenannten Benningbond, dem Meerbusen zwischen Schmool und Broacker, bis an den Wichensund bei Surlykke, sich in einem halbmondsförmigen Bogen erstrecken, so daß das vorliegende Terrain bestrichen werden kann bis nach Stenderup hinauf. Sie haben ihren Lauf im Osten der Düppeler Mühle, zwischen der Landstelle Freudenthal und der Mühle selbst, und zwar so, daß die Flanken vertheidigt werden von der See her und das Zentrum von den Düppeler Höhen herab. Es sollen, sagt man, 12 Kanonenböte hier stationirt, so wie auch das Schloß Augustenburg zu einer Kaserne für 100 Mann eingerichtet und 2 Kompagnien des 7. Bataillons auf Alsen in Garnison gelegt werden. Alle Seeleute der Umgegend sind einberufen und die Soldaten der letzten Jahrgänge werden nach und nach beordert. (A. N.)

Großbritannien und Irland.

London, 12. April. [Parlament.] In der gestrigen Unterhaussitzung beantragte Lindsay folgende Resolutionen: „1. Es ist zweckmäßig, alle weiteren Ausgaben für den Bau oder Umbau hölzerner Linienschiffe zu verschieben. 2. Es ist nicht zweckmäßig, während des gegenwärtigen Jahres die Ausgaben zu machen, welche zur Vollendung der gegenwärtig im Bau begriffenen Kriegsschiffe erforderlich sind. Ebenso ist es nicht zweckmäßig, während des gegenwärtigen Jahres mit dem Bau hölzerner Schiffe zu beginnen, die auf mehr als Einem Decke Kanonen tragen. 3. Es ist nicht zweckmäßig, ohne weitere Erfahrung die Verausgabung irgend welcher Gelder zu dem Zwecke zu sanktioniren, Ihrer Majestät Schiffswerfte für den Bau eiserner Schiffe herzurichten." In erster Linie, bemerkt Herr Lindsay, komme allerdings die Sicherheit des Landes in Betracht, und die Fortdauer dieser Sicherheit könne, wenn sie bedroht sei, gar nicht zu theuer erkauft werden. Allein die Ursachen der Gefahr für eine Nation seien in hohem Grade in ihrer eigenen Hand. Durch kriegerische Reden im Parlamente veranlasse man Frankreich dazu, seine Flotte zu verstärken, und das habe dann wieder einen Rückschlag auf England zur Folge, der mit Gefahr und ungeheuren Kosten verbunden sei. Was die Stärke der englischen Flotte im Vergleiche zur französischen angehe, so habe (er spreche hier ausschließlich von Dampfern) Frankreich 35 fertige und 2 im Bau begriffene Linienschiffe, also im Ganzen 37 Linienschiffe. England hingegen habe 53 fertige und 14 im Bau begriffene Linienschiffe, im Ganzen also 67. Die Zahl seiner fertigen oder im Bau begriffenen Linienschiffe übersteige um 22 die aller andern Nationen der Welt zusammengenommen. Was die Fregatten anbelange, so habe Frankreich 25 Schrauben- und 18 Radfregatten, während England von jenen 43 und von diesen 6 habe. Steige man zu den weniger großen Schiffen herab, so habe England an Schiffen von 20 Kanonen und darüber ungefähr 145, Frankreich 75 und die ganze übrige Welt nur 139. Frankreich habe nur ein einziges seefertiges eisernes Schiff, „La Gloire", 2 andere seien vom Stapel gelaufen und könnten während des gegenwärtigen Jahres seefertig gemacht werden; außerdem seien 3 im Bau begriffen, was also im Ganzen 6 eiserne Schiffe ausmache. Die Armirung dieser Schiffe variire zwischen 36 und 52 Kanonen. Außerdem habe Frankreich 4 ausdrücklich zum Schutze der französischen Häfen bestimmte Schiffe von je 14 Kanonen, sowie 5 Schiffe von nur je 2 Kanonen. So viel er wisse, könnten alle diese Fahrzeuge nicht vor 2 oder 2½ Jahren seefertig sein. England habe 7 entweder schon fertige oder im Bau begriffene eiserne Schiffe. Zwei derselben, der „Warrior" und der „Black Prince", seien bereits vom Stapel gelaufen, würden in 2—3 Monaten seefertig sein und könnten sich an Tonnengehalt und Stärke mit vier „Gloires" messen. Ganz abgesehen aber davon, besitze England die Mittel, eiserne Schiffe in weit größerem Maaßstabe und weit rascher herzustellen, als Frankreich. England habe im vorigen Jahre für seine Flotte doppelt so viel verausgabt, wie Frankreich, und in diesem Jahre belaufe sich das englische Flottenbudget auf 12,029,000 Pfd. Sterl. Sir M. Peto unterstützte die Resolutionen. Er verlangte, daß man den Bau hölzerner Schiffe aufgebe, wie Frankreich dies gethan habe, und daß man die Kriegsschiffe nicht in den königlichen Schiffswerften, die besser nur zu Reparaturen zu benutzen sein würden, sondern in Privatwerften an der Themse, dem Mersey und Clyde baue. Lord C. Paget spricht gegen die Resolutionen. Die Admiralität, sagte er, halte es durchaus nicht für rathsam, den Bau hölzerner Schiffe ganz einzustellen, auch glaube er nicht, daß irgend ein praktisch mit dem Seewesen vertrauter Mann in Anbetracht der wenigen Erfahrungen, die man bisher mit eisernen Schiffen gemacht habe, dazu rathen werde. Die Regierung habe nicht die Absicht, die königlichen Werfte zum Bau von eisernen Schiffen zu benutzen. In den Detailangaben Lindsay's über die Stärke der englischen und der französischen Flotte sei Vieles unrichtig. Ganz falsch sei es, wenn er behaupte, daß die Franzosen mit dem Bau ihrer eisernen Schiffe noch so weit zurück seien. Alle derselben könnten im Laufe des gegenwärtigen Sommers seefertig gemacht werden. Auf dem Festlande werde stark gerüstet, und die Sicherheit und Ehre Englands erfordere Wachsamkeit. Sir J. Pakington ist zwar theilweise mit den Resolutionen einverstanden, glaubt aber, daß sie einer falschen Auslegung fähig seien, und möchte die Angelegenheit nicht gern aus den Händen der Exekutive nehmen. Lindsay zog hierauf seinen Antrag zurück.

— [Die Bewegungen in Polen und Ungarn.] Der ministerielle „Globe" enthält einen beachtenswerthen, wahrscheinlich die Meinung der Regierung aussprechenden Artikel über Polen und Ungarn. Danach übe ein von außen gekommener Antrieb auf beide Länder einen traurigen, aber überwiegenden Einfluß. Das Blatt spricht sich auf das Kräftigste gegen Alles aus, was dahin gehen könnte, die Bewegungen in Polen und Ungarn das jetzt Erreichbare irgendwie überschreiten zu lassen und widerräth dringend jede Handlung, welche in Pesth oder Warschau unmittelbar die Einheit des einen oder andern Reiches bedrohen könnte.

— [Feier der russischen Bauernemanzipation.] Die demokratische russische Emigration, die sich um Herzen gruppirt, legt der russischen Bauernemanzipation, wie dieselbe vom Kaiser Alexander II. durchgeführt wird, die höchste Bedeutung für die Zukunft Rußlands bei. Herzen, der im „Kolokol" seit Jahren für die Emanzipation geschrieben hat, spricht die Ueberzeugung aus, daß mit dem Tage, wo das betreffende kaiserliche Dekret erschien, eine neue Zeitrechnung in Rußland begonnen habe und daß seine Landsleute einer Periode außerordentlicher materieller und geistiger Entwickelung entgegengehen. Zur Feier des großen Ereignisses gab Herzen am 10. d. in seinem Hause in Westbourne-Terrace ein eigenthümliches Fest, das von Nachmittags bis in den andern Morgen dauerte und seinen Gästen unter Anderem auch ein vom Fürsten Galitzin dirigirtes Konzert bot. Eine buntere Versammlung ist wohl selten in irgend einem Hause der Welt gesehen worden. Deutsche und Polen, Franzosen und Italiener, Engländer und Amerikaner, Kaufleute und Journalisten, Parlamentsmitglieder, Künstler u. s. w. drängten sich stundenlang die Treppen auf und ab und kamen, dem Herausgeber des „Kolokol" und seinen russischen Freunden Glück zu wünschen. Die Nachrichten aus Warschau dämpften indeß die Stimmung nicht wenig, und man hörte, daß der Festgeber gern einen anderen Tag gewählt hätte wenn es nicht zu spät gewesen wäre; viele der Geladenen waren eigens aus Paris, aus Schottland und der Schweiz herbeigeeilt, um der Feier beizuwohnen.

— [Die Arbeitseinstellung der Baugewerke] ist nicht zu Ende, vielmehr haben die Vereine beschlossen, lieber alle Arbeiten einzustellen, als sich zur Stundenzahlung zu bequemen. Andererseits erklären die Hauptbaufirmen, an ihrem vorgeschlagenen Kompromiß standhaft festhalten zu wollen. Sie können dies um so leichter, als viele bisher den Vereinen angehörige Arbeiter dem Kompromiß geneigt sind, sich von den Vereinen lossagen wollen und zum Theil auch schon losgesagt haben. Aber selbst dann noch, wenn die Londoner Baugewerke einstimmig sich dem Beschluß der Vereine fügen sollten, würde es den Meistern an Händen nicht fehlen, denn aus den Provinzen, so wird wenigstens versichert, haben sich so viele willige Arbeiter angemeldet, daß die Meister sie entbehren können, und auch gar nicht nöthig haben werden, kontinentale Arbeiter herüberzuziehen. Die Ruhe auf den Baustellen ist bisher nirgend gestört worden.

London, 13. April. [Parlament.] In der gestrigen Unterhaussitzung wünschte Baillie die Vorlegung der Korrespondenz mit Preußen und Dänemark in Betreff Schleswig-Holsteins, und zu erfahren, ob die Regierung in zwar versöhnlicher, aber nicht mißzuverstehender Weise die Versicherung ausgesprochen habe, daß sie einem ungerechten Angriffe oder einer unnöthigen, muthwilligen Verletzung des europäischen Friedens nicht gleichgültig zusehen werde. Der vorliegende Fall sei kein solcher, in welchem England jenes Verfahren beob

achten könne, für welches neuerdings der Name Nichtinterventions-Politik beliebt worden, das aber in Wahrheit gar keine Politik sei. In dieser Frage müsse England einen entschiedensn Weg einschlagen und eine entschiedene Politik ankündigen, und er hoffe, daß diese Politik in der Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit und Integrität Dänemarks bestehen werde. Sir H. Verney sagte, er habe mit Staunen vernommen, daß die den Herzogthümern Schleswig und Holstein Seitens der deutschen Mächte geliehene Unterstützung ihren Beweggrund in dem Wunsche haben solle, die dänische Monarchie zu zerstückeln, ja, in Wahrheit eine bloße Intrigue, namentlich von Seiten Preußens, zu dem Zwecke sei, in den Besitz des Kieler Hafens zu gelangen. Er könne zuversichtlich behaupten, daß eine solche Auffassung ihm durchaus neu sei und er glaube, daß Diejenigen, welche ein Einschreiten des deutschen Bundes befürworteten, niemals derartige Plane gehegt hätten. Im Gegentheil, er wisse von den Zeiten des Frankfurter Parlamentes her, wo er die Sache vielfach habe debattiren hören, daß diejenigen Mitglieder des deutschen Parlamentes, welche für ein Einschreiten waren, gerade diejenigen gewesen seien, welche ganz besonders eifersüchtig auf Preußen waren und die Letzten gewesen sein würden, irgend einen Schritt anzurathen, welcher die Macht Preußens hätte vergrößern können. Die Abgeordneten von Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden hätten einen eben so großen Eifer für Schleswig-Holstein an den Tag gelegt, wie die preußischen und östreichischen Abgeordneten. Die dänische Regierung habe sich eine sehr erbitternde Art von Unterdrückung gegen ihre deutschen Unterthanen in den Herzogthümern erlaubt. Auch er fühle, wie wichtig es sei, die Macht Dänemarks aufrecht zu erhalten; allein die Macht eines Staates lasse sich nicht durch rücksichtsloses und unversöhnliches Benehmen gegen einen Theil der Bevölkerung aufrecht erhalten; der einzige Weg, wie Dänemark die gerechten Erwartungen Holsteins und der deutschen Bewohner Schleswigs befriedigen könnte, würde darin bestehen, ihnen jene Rechte und Privilegien zu gewähren, welche die anderen Unterthanen der dänischen Krone besäßen. Im Jahre 1849 habe Lord Palmerston den Vorschlag gemacht, Schleswig zu theilen, so daß der südliche, fast ganz deutsche Theil Holstein einverleibt würde. Lord John Russell entgegnete, die Verständigung, zu welcher die Streitenden im Jahre 1851 gelangt seien, habe sich hinterher als ein Mißverständniß herausgestellt, indem bis auf den heutigen Tag Deutschland und Dänemark nicht über die Natur des Engagements, noch über die Bedingungen desselben, noch über die daraus abzuleitenden Folgerungen hätten einig werden können. Die Deutschen hätten stets behauptet, es liege eine förmliche Konvention zwischen den Parteien vor, während nach der dänischen Auffassung nur von einem bloßen Notenwechsel die Rede sein könne, durch den Dänemark keine Verpflichtung eingegangen sei, sondern Oestreich, Preußen und den Deutschen Bund bloß davon in Kenntniß gesetzt habe, was es zu thun entschlossen sei. Die dänische Gesammtverfassung sei nie zu Stande gekommen, Holstein habe dieselbe durch eine Anzahl von Vertretern im Verhältniß zu seiner Volkszahl beschicken sollen, was an und für sich ein ganz billiger Vorschlag gewesen sei. Die Bewohner Holsteins aber, von Deutschland unterstützt, hätten erklärt, sie würden auf diese Weise nicht zu ihrem Rechte gelangen, und sich deshalb geweigert, in eine solche Union einzutreten. Gegen den Vorschlag einer Theilung Schleswigs seien Volk und Regierung in Dänemark eben so sehr gewesen, wie Deutschland gegen eine Verschmelzung Holsteins mit Dänemark. Es sei also aus dem Projekte nichts geworden. Was die Forderungen des deutschen Bundes hinsichtlich der Budgetvorlage und hinsichtlich der nothwendigen Genehmigung der Holstein berührenden Gesetze durch die holsteinschen Stände betreffe, so seien diese beiden Forderungen ganz verständlich, und ein sie enthaltender Vorschlag scheine ihm auch ganz innerhalb der Kompetenz des deutschen Bundes zu liegen. Leider habe man auf beiden Seiten die Frage durch unklare Fassung der Vorschläge verdunkelt und dadurch eine Lösung erschwert. Die dänische Regierung habe die Forderung des Bundes so ausgelegt, als ob jedes Gesetz, um gültig zu werden, der Genehmigung der holsteinschen Stände bedürfe, und als die Aufmerksamkeit der preußischen Regierung auf diese Auslegung gelenkt worden sei, habe sie erklärt, so etwas sei ihr nicht im Entferntesten in den Sinn gekommen. Als die Sachen so standen, habe die französische Regierung die englische gebeten, sie von dem von ihr beobachteten Verhalten in Kenntniß zu setzen. Darauf habe er Herrn Thouvenel die ganze den Gegenstand betreffende Korrespondenz mitgetheilt, worauf der französische Minister erklärt habe, das von Frankreich beobachtete Verfahren stehe vollkommen mit dem Englands in Einklang. Als sich nun gezeigt habe, daß auch Rußland und Schweden die Ansichten Englands theilten, habe England der dänischen Regierung den Rath ertheilt, den holsteinschen Ständen ehrlich und klar den von dem Herzogthum zu bestreitenden Antheil an dem Gesammtbudget der Monarchie vorzulegen. Darauf habe der dänische Minister des Auswärtigen geantwortet, seine Regierung habe bereits in gerechte und billige Vorschlage gewilligt, welche sie nach Holstein senden werde und welche als Antwort auf den ertheilten Rath betrachtet werden könnten. Diese Vorschläge seien, wie sich hinterher herausgestellt habe, sehr allgemeiner und verwickelter Natur gewesen. (Dauernde Verfassung der Monarchie und Provisorium.) Was den Streit wegen der Budgetvorlegung angehe, so gestehe er, es erscheine ihm als ein höchst unglücklicher Umstand, daß die gereizte Stimmung auf beiden Seiten so groß gewesen sei, daß die dänische Regierung eine Art Zögern und Widerstreben gezeigt habe, den holsteinschen Ständen das Budget ehrlich und einfach vorzulegen, während auf Seiten der Stände eine Art vorgefaßter Entschluß, es zu keiner Verständigung kommen zu lassen, vielmehr eine Versöhnung unmöglich zu machen, nicht zu verkennen sei. Was die Frage angehe, daß kein Holstein berührendes Gesetz im Herzogthum Gültigkeit haben soll, wofern es nicht die holsteinschen Stände genehmigt, so habe der dänische Minister erklärt, es sei kein Hinderniß vorhanden, zu einem Abkommen hinsichtlich aller solchen Gesetze zu gelangen. Es könnten daher die Freunde beider Parteien Vorschläge über diese Angelegenheit machen. So weit die englische Regierung die Ansichten Frankreichs, Rußlands und Schwedens kenne, sähen diese Mächte die Sache eben so an, wie die englische Regierung, und wenn sie weitere Rathschläge ertheilen sollten, so würden diese in Einem und demselben Sinne ausfallen und mehr Gewicht haben, als die vereinzelte Meinung einer für sich allein handelnden Macht. Es sei bedeutende Gefahr im Verzuge und man müsse sich beeilen, eine friedliche Lösung herbeizuführen. Auf beiden Seiten sei das Nationalgefühl lebhaft erregt, und ein Einmarsch deutscher Truppen in Holstein könnte leicht einen hastigen Entschluß Dänemarks veranlassen, welches den Schritt als einen feindseligen Akt betrachten und sich in Folge davon berechtigt fühlen könnte, die deutschen Häfen zu blokiren. Dazu komme, daß die Grenze zwischen Schleswig und Holstein nicht genau festgestellt sei. Der Vorredner scheine zu glauben, es gebe keinen Menschen in Deutschland, welcher Schleswig mit Deutschland vereinigt zu sehen wünsche. Wenn aber auch die Regierungen Preußens und aller andern Staaten des deutschen Bundes einen solchen Wunsch in Abrede gestellt hätten, so sei doch unter dem deutschen Volke die Stimmung einer solchen Einverleibung günstig. Darin bestehe die Hauptgefahr. Schleswig sei ein dänisches Herzogthum. Vor 1851 habe zwischen Schleswig und Holstein eine Verbindung sehr komplizirter Natur bestanden, deren Wiederherstellung nicht wünschenswerth sei. Der König von Dänemark würde am besten daran thun, wenn er die Freiheit seiner deutschen Unterthanen in Religion und Sprache nicht beeinträchtige und sie auf dem Fuße vollständiger Gleichheit mit den Dänen behandle. Er glaube, daß die Bewohner Schleswigs, wenn sie sich auch über Manches zu beklagen hätten, doch lieber unter der dänischen Krone bleiben, als mit Deutschland vereinigt werden wollen. An den beiderseitigen Forderungen Deutschlands und Dänemarks sei Vieles berechtigt, leider aber werde auch Vieles übertrieben, und es fehle der Geist der Versöhnlichkeit. Es würde ein großes Unglück für Europa sein, wenn in Folge dieser Streitigkeiten ein Kampf ausbrechen sollte, der die Integrität und Unabhängigkeit Dänemarks bedrohe. Er glaube nicht, daß England sich gleichgültig gegen die Frage verhalten könne, und er sei bisher bestrebt gewesen, den Einfluß der Regierung für die Aufrechthaltung des Friedens aufzubieten.

Frankreich.

Paris, 13. April. [Tagesbericht.] Als im Ministerrathe die Rede auf die Petition gekommen, welche zu Gunsten der Fortdauer der französischen Okkupation in Syrien an den Senat gerichtet und von Jedermann unterzeichnet werden soll, hat Persigny sich sehr entschieden dagegen ausgesprochen, aber nicht nur seine sämmtlichen Kollegen, sondern auch den Kaiser selbst wider sich gehabt. Immerhin ist es bemerkenswerth, daß die „Patrie" heute nicht mehr die Orte ausdrücklich bezeichnet, wo die Petition zur Unterschrift aufliegt. — Man beobachtet in der offiziellen Politik die größte Vorsicht in Bezug auf die polnische Frage. Den Journalen hat man hierüber geeignete Verhaltungsregeln ertheilt, namentlich dem „Constitutionnel." Auch wurde den illustrirten Blättern untersagt, Abbildungen über die Warschauer Vorfälle zu bringen. — Der Bericht des Vizeadmirals Charner im „Moniteur", so wie die, zum Theil wohl übertriebenen Nachrichten, welche man auf nicht-offiziellem Wege erhält, stellen die Expedition gegen Hué als weit schwieriger dar, als man bisher in den militärischen Kreisen sich eingebildet. Es werden Verstärkungen nach Kochinchina abgehen. — Depeschen der französischen Gesandtschaft in London machen es wahrscheinlich, daß England unter keiner Bedingung eine französische Okkupation Syriens über den zuletzt stipulirten Termin vom 5. Juni zugeben will. — Hr. Gaïffe ist wieder in Freiheit gesetzt. Man wollte, wie es heißt, nur nähere Auskunft über manche delikate Punkte der Untersuchung von ihm haben, die man vielleicht nicht bis in ihren ersten Ursprung verfolgen möchte.

— [Eine Broschüre des Herzogs von Aumale.] Eine heute hier unter dem Titel „Lettre sur l'histoire de France" erschienene Broschüre hat in Paris eine gewaltige Aufregung verursacht. Diese Broschüre enthält in der Gestalt eines Briefes an den Prinzen Napoleon eine Protestation gegen die Beschuldigungen, welche derselbe in seiner Senatsrede gegen die Bourbonen erhoben hat. Sie ist von Henri d'Orléans (dem Herzoge von Aumale, dritten Sohn Louis Philippe's) verfaßt und unterzeichnet. Die Sprache ist eine höchst offene, und seit langen Jahren hat man in Frankreich Dinge, wie sie in der Broschüre gesagt sind, nicht mehr zu lesen bekommen. Der erste Eindruck war der eines tiefen Erstaunens darüber, daß das Erscheinen dieser Broschüre nicht verhindert wurde. Was den Eindruck, den diese Broschüre machen muß, erhöhen wird, ist der kalte, leidenschaftslose Ton, in dem sie geschrieben ist. Ihr Absatz ist ein ungewöhnlicher. Sie ging schon heute zu Tausenden in die Provinzen ab. In der Form scheint man also Alles, was sie von den gewöhnlichen Broschüren hätte unterscheiden lassen können, vermieden zu haben. — Nachschrift. So eben verbreitet sich das Gerücht, die Broschüre des Herzogs von Aumale sei mit Beschlag belegt worden. In Folge dessen wird das Exemplar mit 5, 10 und selbst 20 Francs von den Buchhändlern verkauft. (S. unten.)

— [Neues Telegraphensystem.] Seit einigen Tagen werden auf der Fregatte am Pont royal, auf der Seine, Versuche eines neuen Telegraphensystems zum Gebrauch auf Schiffen gemacht. Mit Hülfe einer zwischen zwei Kugeln von verschiedener Farbe befindlichen Flagge und der Verschiedenheit in der Zusammenstellung dieser drei Gegenstände gibt der Erfinder auf einfache und rasche Weise die zehn Zahlenzeichen, und in Folge hiervon alle Zahlen von den kleinsten bis zu den größten. Man braucht nur in dem telegraphischen Wörterbuch die Worte und Phrasen, welche sich auf die angegebenen Zeichen beziehen, nachzusehen, um die sofortige Uebersetzung der Depesche vor Augen zu haben. Indem man die Flagge und die zwei Kugeln durch drei Laternen von bestimmter Farbe ersetzt, läßt sich auf dieselbe Weise während der Nacht operiren. Die bereits stattgehabten Versuche erwiesen, daß einige Augenblicke zur Uebertragung einer Depesche von zehn Worten genügten.

Paris, 14. April. [Telegr.] Der heutige „Moniteur" veröffentlicht einen die Dezentralisation der Verwaltung betreffenden Bericht des Grafen Persigny nebst einem kaiserlichen Dekret über denselben Gegenstand. Die Präfekten und Unterpräfekten sollen hinfort über gewisse Angelegenheiten der Departements und Gemeinden, so wie über verschiedene andere Angelegenheiten entscheiden, über welche bisher den verschiedenen Ministerien die Entscheidung zustand.

Paris, 15. April. [Telegr.] Die unter dem Titel: „Ein Brief über die Geschichte Frankreichs" erschienene Broschüre des Prinzen Aumale ist mit Beschlag belegt worden.

Niederlande.

Haag, 12. April. [Besuch des Königs; Nachrichten aus Ostindien.] Der König und die königliche Familie sind vorgestern von der Residenz nach Amsterdam gereist, um der Hauptstadt des Reiches ihren gewöhnlichen jährlichen Besuch abzustatten. Dort wünschte man dem Könige einen Beweis der Dankbarkeit zu geben für seinen Edelmuth bei den jüngsten Unglücksfällen, welche das Land betroffen haben. Die Stadt war deshalb in allen ihren Theilen auf das Prachtvollste geschmückt, und die Menschenmenge, die den Fürsten empfing und ihn begleitete, war so bedeutend und das Gedränge so groß, daß der Zug von der Eisenbahnstation bis zum Palaste volle zwei Stunden andauerte. Abends war Amsterdam festlich erleuchtet. — Aus Ostindien sind telegraphische Nachrichten bis zum 2. März d. J. eingelaufen. Sie lauten sehr ungünstig; denn ausgedehnte Ueberschwemmungen haben mehrere Residentschaften schrecklich verwüstet. Abgesehen von dem unberechenbaren Schaden, welcher den Ländereien zugefügt worden, ist auch der Verlust vieler Menschenleben zu beklagen. Die Regierung und Private waren thätig, so viel als möglich Hülfe zu schaffen. Auf Java herrschte sonst Ruhe.

Amsterdam, 13. April. [Börsenkrawall.] Bereits seit einigen Tagen war die hiesige Börse der Schauplatz heftiger Auftritte, welche zum Zweck hatten, eine gewisse Person, die man dort nicht dulden wollte, daraus zu verdrängen; die Polizei nahm dieselbe jedoch in ihren Schutz, wodurch das außerhalb auf dem Damm sich aufhaltende Volk mehr und mehr erbittert ward. Erst als man gegen Abend Kavallerie zu Hülfe gerufen hatte, konnte die Menge auseinandergetrieben werden, wobei aber mehrere Bürger und Polizeidiener verwundet worden sind. Man beklagt diesen Auftritt um so mehr, als er während des Aufenthalts des Königs und gerade unter den Fenstern des von Sr. Majestät bewohnten Palais stattfand. (K. Z.)

Belgien.

Brüssel, 12. April. [Verstimmung in den Tuilerien.] Man glaubt hier nicht an die von Paris aus angekündigte Visite des Kaisers beim Könige der Belgier. Die beiden Höfe stehen nicht in den freundlichsten Beziehungen. In Paris wird König Leopold beschuldigt, die Animosität des englischen Hofes durch seine Einflüsterungen zu nähren. Eben so wirft man in Paris dem Berliner Kabinette vor, den russischen Hof gegen Frankreich einnehmen zu wollen. Auch sollen es angeblich preußische Eingebungen sein, welche den Czaren veranlaßt haben, den Polen gegenüber wieder strenger zu verfahren. Man ist in Paris sehr gegen Berlin verstimmt, und Graf Pourtalès wird interessante Aufklärungen über diesen Gegenstand zu machen haben. Napoleon III. hat seit seiner Thronbesteigung keine solche Furcht vor einer Koalition gehabt, als in diesem Augenblicke.

Schweiz.

Bern, 12. April. [Die Werbungen für Garibaldi.] In den letzten Tagen war hier von Anwerbungen für Garibaldi die Rede; man bezeichnete sogar gewisse Personen. Nun erscheint heute im Intelligenzblatte der Stadt Bern plötzlich ein „Avis important", der also lautet: „Le général Garibaldi n'a, aucun agent chargé d'enroler en son nom." Was diesen Avis interessant macht, ist der Umstand, daß derselbe der sardinischen Gesandtschaft zugeschrieben wird, um bei der gegenwärtigen Sachlage die Bildung von Freiwilligenkorps mit allen Mitteln zu verhindern. Dabei ist nicht zu übersehen, daß in letzter Zeit anch von der Einberufung von Offizieren die Rede war, welche vor einem Jahre unter Garibaldi gedient hatten. (K. Z.)

— [Eisenbahn.] Am Dienstag ist die Westbahnstrecke Lausanne-Villeneuve eröffnet worden. Von nun an fährt die Lokomotive um den ganzen nördlichen Gürtel des Genfersee's, von Genf bis Villeneuve, herum.

Italien.

Turin, 10. April. [Garibaldi und die Arbeitervereine.] Der „Espero" schreibt: „Der Arbeiterverein von Turin weist mit Entrüstung jede Gemeinschaft der Ideen und Gefühle mit dem Mailänder Arbeitervereine zurück, der durch eine unvorsichtige Adresse an Garibaldi eine noch unvorsichtigere Antwort des Exdiktators hervorgerufen hat. Der Arbeiterverein von Turin weist namentlich die Behauptung der Mailänder Arbeiter zurück, die zur Annahme führen soll, daß Italien uneingedenk der dem Parlament, der Regierung, der persönlichen Ehrenhaftigkeit des Königs und der Tapferkeit der Armee schuldigen Rücksichten nur das einzige Heil in Garibaldi erblicke, der seinerseits die Majorität der Parlamentsmitglieder Lakaien genannt habe." — Der von dem „Espero" erwähnte Brief Garibaldi's lautet: „Die Vertreter der italienischen Arbeitervereine haben sich bei mir in dieser Einsamkeit eingefunden, um mir im Namen der kräftigen und arbeitsamen Volksklasse einen Beweis ihrer Sympathie zu geben. Ein meinem Herzen freudigeres Ereigniß konnte sich nicht zutragen, denn ich zähle immer noch für die allerheiligste Erlösung dieses Landes auf die schwielige Hand der Männer meines Standes, und nicht auf die lügenhaften Versprechungen betrügerischer Politiker. Gruß und Brüderlichkeit! G. Garibaldi." — Am 10. April verfügten sich Rattazzi, Boncompagni und Malenchini im Namen der Kammer-Majorität zu Garibaldi, um Aufklärung über seine zu den Vertretern der Arbeitergesellschaften ausgesprochenen Worte in Caprera zu verlangen. Garibaldi erwiderte, nach einer Turiner Depesche vom 10., der Deputation, daß er die Kammer nicht beleidigen wollte, aber daß es nicht nöthig sei, seine den Arbeitern gesagten Worte zurückzunehmen.

— [Garibaldi; Aufregung; Rom und Neapel; der nächste Felszugsplan ꝛc.] Man schreibt der „Br. Z." von der italienischen Grenze: Trotz der Versicherungen des Gegentheils unterliegt es keinem Zweifel mehr, daß Garibaldi seine Offiziere berufen hat und zwar auf den 15. d. Es sollen 5 Dampfschiffe zu dieser Zeit für dieselben, und die entsprechende Zahl Soldaten ohne Zweifel, bereit sein; allein man sagt nicht, wo die Einschiffung stattfinden soll und wohin der Zug bestimmt ist; darüber schwebt ein mystisches Dunkel. Ob Garibaldi mit dem Ministerium auf gutem Fuße stehe, wird bezweifelt, eben so weiß man recht gut, daß er nicht gut auf das Parlament zu sprechen ist. — In Turin und in den Provinzen herrscht eine fieberische Aufregung, die Unzufriedenheit steigert sich zusehends; man will, daß die italienische Frage zum Schluß komme. Das Ministerium hatte so wenig Vertrauen in die Ruhe der Hauptstadt, daß man extra noch 1 Bat. Bersaglieri dahin kommen ließ. — Im Allgemeinen ist es weit mehr die römische, als die venetianische Frage, deren Lösung man anstrebt, und hier hat nun das Ministerium einen schweren Stand, um die öffentliche Meinung zu beschwichtigen. Man hat jetzt einen Ausweg gefunden, indem man sagt, der Abzug der Franzosen aus Rom sei für die Oestreicher das Signal, gegen Rom vorzurücken, deshalb müsse zuerst Oestreich geschlagen werden. Um dieser Anschauung mehr Gewicht zu geben, wird versichert, man habe bereits in Rom die Sicherheit, daß dem so geschehe und deshalb soll auch der bourbonische Insurrektionskampf in den Abruzzen wieder neu aufflammen. Allerdings scheint hier das Terrain zum Bürgerkriege ein sehr günstiges, und man will jetzt in dem Gedanken der Verlegung der Hauptstadt Italiens nach Neapel ein Mittel finden, die Neapolitaner zu befriedigen. Ich weiß nicht, ob Sie bereits den neuen Operationsplan kennen, wie man ihn in Italien besonders (wir entnehmen ihn dem „Espero") als bestimmt annimmt. Es handelte sich nämlich vor Allem um die Türkei, sie soll so zu sagen den Diversionsschauplatz darbieten, in der Voraussicht nämlich, daß Rußland die Allianzerbietungen Frankreichs annimmt (s. unsre gestr. Pariser □Korr.; d. Red.), woran man hier gar nicht mehr zweifelt. Die „Italia" versichert selbst, daß die Konvention unterzeichnet sei. Der Operationsplan also ginge dahin, ein französisches Korps am türkischen Ufer der Adriatischen Meeres landen zu lassen, dieses würde eine Expedition nach Ungarn unternehmen, um sich mit den Russen zu verbinden, die mit einem starken Heere vorrücken würden. Der Kampf würde dann, meint der Politiker des „Espero", allgemein werden, indem Frankreich sowohl am Rheine, als gegen England Kämpfe zu bestehen hätte. Das Mailänder „Regno d'Italia" läßt sich zu gleicher Zeit aus Griechenland schreiben, daß sich dort eine Bewegung vorbereite, daß im Gefolge derselben der Gedanke des orientalischen Reiches auftauche und mit diesem der Name des Prinzen Napoleon. Sollten der vom „Espero" bevorwortete Plan und das Gerücht des „Regno d'Italia" mit einander in Verbindung stehen?

— [Ueber die römische Frage] schreibt die „K. Z.": Das Vorhandensein einer Vermittlungspartei im heiligen Kollegium zu Rom, einer Partei, welche italienisch gesinnt und welche der Ansicht ist, daß das Papstthum auch ohne weltliche Herrschaft die ihm zukommende und unentbehrliche Freiheit und Unabhängigkeit zu behaupten vermag, ist so oft aufgestellt und bestritten worden, daß wir gebührend Anstand nehmen würden, dieser Frage zu erwähnen, wenn uns nicht aus sonst sehr zuverlässiger Quelle die Existenz und der Fortschritt dieser Partei, oder wohl richtiger ge-

(Fortsetzung in der Beilage.)

sagt: dieser Richtung unter den Kardinälen in Rom, bestätigt würde. Die Kardinäle Amati, Santucci, di Pietro, welche schon früher genannt wurden, werden uns nebst einigen anderen Namen als diejenigen bezeichnet, „welche über die weltliche Gewalt des Papstthums, wo nicht ganz die Ansichten der italienischen Partei im Parlamente zu Turin, so doch die Ansicht theilen, daß in jetzigen Zeitläuften der heilige Stuhl der italienischen Nation Konzessionen machen und seinen Frieden mit dem Nationalstaate je eher desto besser schließen müsse“. Antonelli, der schon seit Jahr und Tag über die extreme und allzu schroffe Politik der belgisch-französischen Partei, deren schärfste Ausprägung Msgr. de Merode sein dürfte, Bedenken trägt, soll sich jener Versöhnungsrichtung mehr und mehr zuneigen. Daß Verhandlungen, oder wie man die Sache sonst nennen will, die noch nicht reif zu einer bestimmten Nennung ist, zwischen Rom und Turin stattfinden, wird bei dieser Sachlage minder unwahrscheinlich, als es bisher den Anschein hatte; daß es aber mehr als vermessen wäre, schon jetzt über deren Ausgang ein Urtheil auszusprechen oder übermäßige Hoffnungen auf eine rasche und glatte Lösung hegen zu wollen, brauchen wir wohl nicht erst zu sagen. Es giebt keine Frage, die so viel Umsicht erfordert, als die römische; als einsichtiger Mann hat Cavour daher bei aller Festigkeit in seinen Ansichten im Senate wie im Abgeordnetenhause Geduld gepredigt und Garibaldi wie den Ungestümen bedeutende Konzessionen auf militärischem Gebiete gemacht, um die Nation straff und entschlossen, aber geduldig und besonnen zu erhalten. (K. Z.)

Turin, 11. April. [Tagesnotizen.] Die Berichte aus Neapel lauten besser, doch hat Prinz Murat seine Wühlerei noch nicht aufgegeben, und wie man der Regierung meldet, läßt der Prätendent bedeutende Geldsummen springen, um sich Anhänger zu verschaffen; aber man fürchtet die muratistische Thätigkeit wenig. — Die Regierung ist mit Abschließung eines Anlehens beschäftigt. Herr Delahaute, der durch Herrn Paul Daru unterstützt wird, hat im Namen des Hauses Rothschild Anträge gemacht. Der Betrag des Anlehens soll 300 Millionen Franken sein. — Aus Paris wird gemeldet, Prinz Napoleon wolle sich in einigen Tagen nach Genf begeben und werde von dort einen Ausflug nach Turin machen, wo er sich incognito einige Tage aufhalten will. — Oberst de Filippi ist, mit Waffenankäufen von der Regierung beauftragt, nach Paris gesandt worden. — Klapka ist heute nach Genf abgereist und wird sich von dort nach Paris begeben. — In Modena soll ein Aufstand von Rekruten ausgebrochen sein; dieselben sollen die Absicht gehabt haben, den Pulverthurm von Modena in die Luft zu sprengen. — Das Munizipium von Bologna hat dem General Cialdini das Diplom eines Patriziers von Bologna verliehen. — In Neapel ist am 7. d. M. die Dampffregatte „Italia“ vom Stapel gelassen worden; sie ist mit 55 Kanonen armirt und hat eine Maschine von 450 Pferdekraft. — Die Zahl der zur Vertheidigung an die Nationalgarden im Königreiche Neapel bestimmten Flinten beträgt bis jetzt 101,985 Stück.

Rom, 8. April. [Der bulgarische Archimandrit] ist hier angekommen und wird am 21. d. vom Papste ordinirt werden. Die Feierlichkeit soll mit großer Pracht vollzogen werden. Die Organisation der katholischen bulgarischen Kirche findet unverzüglich statt. Die beiden Bischofssitze von Ochrida und Ternawo, die schon in den ersten christlichen Jahrhunderten bestanden, sollen sofort wiederhergestellt werden.

— [Priesterweihen.] Im ganzen Jahr pflegt die Anzahl der Kandidaten des Priesterstands, welche in der Kirche des Laterans zur Weihe kommen, in der Ostervigilie am größten zu sein. Doch diesmal werden nur folgende Zahlen angezeigt: 6 Tonsuren, 7 niedere Weihen, 15 Subdiakonen, 7 Diakonen, 11 Priester. Der Generalvikar Kardinal Patrizi hielt die Ordination.

Neapel, 7. April. [Gedächtnißfeier; deutscher Nationalverein.] Vorgestern beging die hiesige Nationalgarde den Jahrestag der Revolution in Palermo mit einer feierlichen Seelenmesse und nachfolgender Parade. — Die hier lebenden Mitglieder des deutschen Nationalvereins, 70 an der Zahl, haben beschlossen, wenigstens alle vier Wochen zu einer Besprechung zusammenzukommen. (K. Z.)

Die Ereignisse im Kirchenstaat und in Neapel.

Man meldet von Rom unterm 9. d. über Marseille: Die Behörde von Sinigaglia verfolgt den Kardinal Lucciardi, Bischof dieser Stadt, gerichtlich, weil er den Beichtvätern Instruktionen gegen die Herrschaft Victor Emanuels gegeben hat. — Der in Turin gedruckte und der päpstlichen Gewalt feindliche Brief des Prälaten Liserani zirkulirt in Rom. Kardinal Antonelli bereitet eine Antwort darauf vor.

Die letzten gegen die Garibaldianer vorgefallenen Demonstrationen hatten verschiedene Regierungsverfügungen zur Folge. Auf Spaventa's Vorschlag, schreibt man der „Allg. Ztg.“ aus Neapel 4. April, soll ein k. Dampfschiff alle aus Zentral- und Norditalien stammenden Freiwilligen, die sich nicht über hinreichende Subsistenzmittel ausweisen können, nach Livorno und Genua bringen, die übrigen Garibaldianer aus den beiden Sicilien werden auf Kosten der Regierung in ihre Heimath zurückgeschickt, um auf diese Weise die unruhigen und unbeschäftigten jungen Leute zu entfernen, auf welche die Muratistischen Agenten besonders zählten. Oberst Teleky, der das spezielle Vertrauen des Prinzen Lucian Murat genießt, soll damit umgehen, bei Monteleone 20,000 Mann zu sammeln, Calabrien und die Abruzzen zum Aufstand zu reizen, nach Neapel zu marschiren und die Piemontesen zu vertreiben. In Sicilien arbeitet La Masa in demselben Sinne. Der Polizeidirektor Marvasi hat seine Entlassung eingereicht. Der „Popolo d'Italia“ schreibt, daß am 2. und 3. April die Staatskasse geschlossen war, da sie gänzlich erschöpft ist, obschon sie sonst reichlich gefüllt gewesen.

Aus Neapel, 6. April, wird dem „Journal des Débats“ über die bourbonistischen Putsche folgendes Nähere geschrieben: „Franz II. hatte vor vierzehn Tagen zwei Briefe an den Herzog von Cajaniello mit Weisungen für den Aufstand gerichtet. Da Hrn. Spaventa diese Briefe bereits von Rom aus signalisirt waren, so belegte er sie mit Beschlag, ließ im Statthaltereirathe dieselben öffnen, in aller Form Rechtens ein Protokoll über diese Briefe aufnehmen, dieselben wieder versiegeln und dann durch die Post an ihre Adresse abgeben. Der Herzog befolgte getreu die Befehle des Königs Franz II. und übermachte mehreren Bischöfen beträchtliche Geldsummen, darunter dem Bischofe in partibus Msgr. Trotta. Dieser schrieb einen Brief an den General Bosco, wovon Hr. Spaventa sich den eigenhändig von Trotta geschriebenen Entwurf zu verschaffen wußte. In diesem Schreiben meldet Msgr. Trotta, es seien von den beurlaubten und entlassenen Soldaten 12,000 Mann angeworben, er habe bereits 5300 Ducati an dieselben ausbezahlt, und die Bewegung, die ursprünglich am 3. April habe losgehen sollen, sei um einige Tage verschoben worden. Aus anderen Aktenstücken war Herr Spaventa unterrichtet, daß in der Nacht vom 5. auf den 6. um 4 Uhr losgeschlagen werden solle, und zwar würden die Verschworenen nach der Kaserne der Granili ziehen, um sich dort mit den Soldaten zu vereinigen, die 6000 Stück Gewehre in Empfang nehmen sollten, welche in der Marinella ausgeschifft würden; zugleich wolle man sich der sechs Kanonen am Molo bemächtigen, welche der Nationalgarde gehören. Die Kerkermeister des Zentralgefängnisses (der sogenannten Vicaria) waren im Komplotte und sollten alle Gefangenen loslassen. Sie wurden sammt und sonders rechtzeitig verhaftet und durch Gendarmen ersetzt. Mehrere Pfarrer in der Umgegend hatten sich verpflichtet, die Sturmglocke ziehen, die weiße Fahne auf den Kirchthürmen aufhissen zu lassen und an die Stadtgardisten (guardie urbane), sowie an die „Indultati“, welche Liborio Romano in die Nationalgarden der kleinen Städte hat aufnehmen lassen, Geld zu vertheilen; diese Leute sollten als Bürgergarden der umliegenden Orte mit dem Rufe: „Es lebe Franz II.!“ auf Neapel rücken. Spaventa's Umsicht, die begeisterte Energie der Nationalgarde und eine mobile Kolonne von drei Bataillonen, wovon das eine nach Portici, das andere nach Poggio Reale, das dritte nach Capo di Monte rückte, haben in Neapel und den umliegenden Orten der ernstlichen Störung der Ruhe vorgebeugt. Bloß der Pfarrer von Cisterna ließ Sturm läuten und „Franz II. hoch!“ rufen, als die Nationalgarde heranzog, die ihn sofort festnahm. Die Feuersbrunst des Albergo dei Poveri, welche die Verschworenen angelegt, wurde gelöscht, bevor sie um sich griff; das Tabaksdepot brannte vollständig nieder. Schon hatte am Ostersonntage in Castiglione-Messermarino im Distrikte Vasto in den Abruzzen eine Bande bourbonistischer Soldaten die Bewegung mit Plünderung und Mord begonnen. Der Anführer der Nationalgarde, dessen Sohn, so wie der Bürgermeister und dessen Vater, endlich auch der Richter des Orts wurden niedergemetzelt; mehrere der wohlhabendsten Bürger wurden verwundet und der Erzpriester von Castiglione, während er Frieden am Altare predigte, tödtlich getroffen. Eine Kompagnie italienischer Truppen traf von Isernia zu spät ein, doch gelang es ihr noch, die Verbrecher festzunehmen. In Vico hatten Offiziere eine Schilderhebung versucht, die jedoch auf der Stelle von Truppen, die aus Foggia herzueilten, erstickt ward. In Neapel herrscht überall Freude, und von allen Balkonen weht die Trikolore. Die Energie der Regierung hat einen vortrefflichen Eindruck gemacht, die liberale Partei schloß sich fester aneinander.“

Die in Neapel erscheinende „Settimana“ schreibt: „Die Nachrichten aus den Provinzen geben fortwährend schlagende Beweise für den Bestand jener bewundernswerthen Ordnung, die Lord John Russell mit so lachenden Farben im englischen Parlament geschildert hat. Apulien und die Abruzzen werden von starken, je 3—400 Mann zählenden Banden durchzogen, die, wenn sie angegriffen werden, hartnäckig kämpfen. In Calabrien greift das Räuberunwesen fortwährend um sich; es werden starke Truppenkolonnen entsendet, die jedoch kein anderes Resultat als eine Belästigung der Kommunen durch Einquartirung und eine noch größere Zerrüttung der Kommunalangelegenheiten erzielen.“ — Sicilianische Blätter haben bereits vor einiger Zeit gemeldet, daß die Gemeinde Santa Margarita in der Provinz Trapani Schauplatz eines Bürgerkrieges war; dieser Krieg dauert noch fort und hat gewissermaßen eine geregelte Form angenommen. Die feindlichen Parteien belagern einander gegenwärtig in den Häusern, von denen manche von Zeit zu Zeit durch gelegte Minen in die Luft gesprengt werden. „Auch dies“, bemerkt ein genuesisches Blatt, „ist Ordnung im Sinne des Lord John Russell.“

Rußland und Polen.

Warschau, 13. April. [Kleine Notizen.] Am heutigen Tage trat der Munizipalrath auf dem Rathhause zusammen. Die Verordnung über die Umbildung der hiesigen Polizeiwachtmannschaft ist heute verkündet und der Major Boczarski zum Chef derselben ernannt. Noch immer stehen die Truppen auf einzelnen Straßen und Plätzen, auf dem Platz um die Alexanderkirche haben sie erst heute Zelte aufgeschlagen, und Nachmittags sind ein paar Schwadronen eines Husarenregiments hier eingerückt. Aus einer gerüchtweise angekündigten Prozession nach Praga ist nichts geworden. (Schl. Z.)

Warschau, 14. April. [Neueste Nachrichten.] Heute ist sämmtlichen Besitzern von Eisen- und Waffenhandlungen der Befehl zugegangen, Alles, was sie an Waffen bis auf größere Messer besitzen, in die Zitadelle abzuliefern. — Sämmtliche ausländische Zeitungen, welche Berichte über die hiesigen Vorgänge vom 8. und später enthalten, werden immer noch konfiszirt. — Das Theater ist immer noch geschlossen, und, wie man vernimmt, wird nächstens die Schließung desselben auf längere Zeit unter dem Vorwande vorzunehmender Baulichkeiten amtlich publizirt werden. — Die Unterhandlungen der Regierung, insbesondere Wielopolski's mit Graf Zamoyski, Lewinski und Anderen dauern fort. Graf Zamoyski soll Sitz und Vizepräsidium (Präses wird der Statthalter sein) im Staatsrathe nur unter der Bedingung übernehmen wollen, daß das Militär in die Kasernen zurückgezogen und im ganzen Lande Bürgerwehren organisirt werden, und Lewinski soll sich bereit erklärt haben, das Direktorat in der Kommission des Innern anzutreten, wenn Zamoyski in den Staatsrath tritt. Daß die Bedingung des Grafen Zamoyski nicht angenommen wird, unterliegt keinem Zweifel. Jetzt (Abends 8 Uhr) ist bei Wielopolski eine Zusammenkunft zu dem erwähnten Zwecke. — Abgesehen von einzelnen humoristischen Laternendemonstrationen (?), herrscht im Ganzen eine düstere Stille in unserer Stadt, es ist wie die Schwüle eines heißen Tages vor einem Gewitter. — Heute ist in allen katholischen Kirchen und auch unter dem vor denselben versammelten Volke das patriotische Lied: „Gott befreie unser Land“, nach dem gewöhnlichen Gottesdienste in vollem Chor gesungen worden. Sonstige Demonstrationen, welche das Gerücht für heute angekündigt hatte, fanden nicht statt. (Br. Z.)

Warschauer Blätter melden, daß zur Führung der Untersuchung in Sachen der in Folge der letzten Vorfälle arretirten Personen der Präses des hiesigen Gubernial-Kriminalgerichts Joseph Wieczorkowski berufen worden ist und daß, um dem Rechte genug zu thun und damit die Zivilbeziehungen der am 8. d. gefallenen Personen zu sichern, die Todtenscheine derselben in den Zivilstandsregistern der St. Johannespfarrei, als in welcher sie gestorben sind, ausgestellt werden. — Wie sich, gleich bei seinem Eintreffen in Warschau voraussetzen ließ, wird General Chruleff nunmehr von den Polen für den Konflikt verantwortlich gemacht; er hat ihn „gewollt“. Auch seinen Namen hat er bereits, „der Haynau Rußlands“. Der Korrespondent der „H. B.-H.“ schreibt: „General Chruleff war es auch, der dem Fürsten Gortschakoff die Ermächtigung zu dem an verschiedenen Plätzen vor dem Schlosse, dem Sächsischen Platz u. s. w. angerichteten Blutbad entriß. Der Stabschef Chruleff's, Oberst Beuther, welcher ihm vorstellte, das Volk würde wie am Tage vorher, auseinandergehen, wenn man ihm mit Geduld die bisher noch nicht bekannt gewesene Tumultakte begreiflich mache, wurde dermaßen angelassen, daß er sich bekanntlich das Leben nahm. Er ist ein Deutscher von Geburt. „Faites balayer la place de cette canaille bourgeoise“ rief Chruleff dem Obersten zu, der zauderte und Vorstellungen machte, „ou vouz serez chassé?“ Dies geschah in Gegenwart des Fürsten, der Generale und Beamten. Als Staatsrath Jean Kanty Wolowski als Direktor der Justizkommission seine Dimission gab, sagte er: „je ne suis moi aussi que bourgeois.“ — An den beiden letzten Tagen ließ sich die Regierung erkundigen, wie hoch sich die gesammelten Beiträge für die Opfer des 25. und 27. Februar beliefen, von wem und wie die Fonds verwaltet würden. Bei dieser Gelegenheit erwähnen wir, daß die Kollekten bis jetzt 240,000 Fl. p. eingebracht haben. — Zur Vertilgung aller Spuren der Nationaltrauer ist nun auch den Schnittwaarenhandlungen befohlen worden, in den Schaufenstern keine schwarzen Stoffe mehr auszulegen. In der Bekanntmachung des Kriegsgouverneurs ist das Verbot der Trauerabzeichen bekanntlich dadurch motivirt, daß durch Letztere Konflikte hervorgerufen werden könnten. — Gestern ist in der ganzen Diözese Warschau auf Anordnung des Erzbischofs ein feierliches Todtenamt für die Gefallenen vom 27. Februar gehalten worden. Diese Anordnung war noch vor der Katastrophe des 8. April erfolgt. (Schl. Z.)

Simferopol, 21. März. [Auflösung der französischen Eisenbahnkompagnie.] Seit voriger Woche ist hier die unsere Geschäftswelt sehr unangenehm berührende Nachricht eingetroffen, daß auf Befehl der Regierung der seit fünf Jahren unternommene Bau der Eisenbahn von Feodosia nach Moskau, wofür bereits 11 Millionen verausgabt wurden, für immer eingestellt und die französische Kompagnie, deren Vorstand Pereire in Paris, aufgelöst worden ist. Die Hauptschuld hieran wird der Unthätigkeit und Untüchtigkeit der dabei verwendeten französischen Ingenieure beigemessen. Die Krone zahlt sechs Millionen zur Entschädigung der Aktionäre. (?) So ist also die Aussicht auf schnelleren Verkehr mit dem Innern Rußlands wieder in weite Ferne gerückt.

Dänemark.

Kopenhagen, 12. April. [Rüstungen.] „Dagbladet“ faßt die bis jetzt getroffenen Maaßnahmen, welche die Mobilisirung des Heeres anbahnen sollen, in Folgendem zusammen: Sämmtliche 22 Infanteriebataillone haben Befehl erhalten, bis zum 20. April eine so große Anzahl ihrer permittirten Mannschaft der jüngsten Altersklassen einzuberufen, daß jedes Bataillon dadurch von einer Stärke von ungefähr 150 Mann auf 400 Mann gebracht werden kann; die Verdoppelung der Bataillone wird dann später folgen. Ebenso sind die beiden Kavallerieregimenter auf Seeland und zwei der Dragonerregimenter auf der Halbinsel beordert worden, sämmtliche noch in den Distrikten befindlichen Pferde und ihre ganze mobile Stärke von Mannschaft einzuberufen. Gleiche Befehle sind der Artillerie zugegangen. Die Befestigungsarbeiten in Schleswig werden mit Eifer betrieben und die Ingenieurtruppen haben ihre Mannschaften aus sechs Altersklassen eingezogen. Endlich ist auch Befehl gegeben, den Abmarsch des 7. und 20. Bataillons von Kopenhagen nach Alsen und Schleswig zu beschleunigen.

Türkei.

Konstantinopel, 6. April. [Telegr. Notizen.] Das „Journal de Constantinople“ meldet, die Insurgenten an den Grenzen der Herzegowina und Montenegro's seien von den türkischen Truppen theils aufgerieben, theils zersprengt, gänzlich geschlagen worden. Nach dem „Courrier de l'Orient“ landeten in Spizza nur wenige Personen als Eskorte für einen nach Montenegro bestimmten Waffen- und Munitionstransport. — Die Zölle von Smyrna wurden für 15 Millionen Piaster verpfändet. — Das Hauptquartier der anatolischen Armee wird von Erzerum nach Erzingham transferirt. — Die fremden Gesandtschaften erhielten Abschriften der neuen zwischen der französischen, englischen und türkischen Regierung abgeschlossenen Handelsverträge. — Das Urtheil der bulgarischen Bischöfe wurde auf Sir Bulwers Verwendung bedeutend gemildert. — Mehrere Tatarenhäuptlinge sind aus der Krimm angekommen, um die Einwanderung des Restes der dortigen muselmännischen Bevölkerung anzubahnen. — Die Ernennung mehrerer christlicher Pascha's ist bevorstehend. — In Beyrut wurden 250 Drusen zu dreijähriger Verbannung nach Tripolis verurtheilt.

Belgrad, 11. April. [Bulgarische Flüchtlinge.] Der „Nord“ läßt sich von hier telegraphiren: es seien wieder 91 Bulgarenfamilien mit vielen Viehherden nach Serbien geflüchtet gekommen, im Ganzen 568 Personen, aber 160 hätten die Türken angehalten und geprügelt.

— [Die Ereignisse in der Herzegowina.] Nachrichten aus Cattaro vom 3. April enthalten ausführliche Details über die Ereignisse in der Herzegowina, welche dadurch auf ein höchst bescheidenes Maaß zurückgeführt werden. Alle Gerüchte über angebliche Unterwerfung türkischer Distrikte unter die Herrschaft des Fürsten von Montenegro stellen sich als lächerliche Uebertreibungen dar, und es bestätigt sich, daß die ganze, vielbesprochene Insurrektion in der Herzegowina sich auf einen Haufen Uskoken beschränkt, der sich unter Leka Vukalovich auf dem Gebiete von Zubci an der montenegrinischen Grenze gesammelt hat, und, von den Türken gedrängt, auf montenegrinisches Gebiet zurückzog. Die „Insurgenten“ hatten sich einige Waffen und Munition, so wie zwei hölzerne Kanonen verschafft und hielten sich hart an der montenegrinischen Grenze. Fürst Nikolaus I. von Montenegro sandte hierauf seinen Sekretär Waclik nach Trebinje, welcher dem türkischen Pascha ein Schreiben mit Vermittlungs-Anträgen überbrachte. Der Muschir Ismail Pascha zog in Folge

davon seine Truppen zurück und zeigte sich auch in anderen Fragen willfährig, was die gänzliche Pazifizirung der südlichen Herzegowina anbahnen soll. Es wurde eine Waffenruhe verabredet und Waclik auf den Befehl des Muschirs von einem Detachement des Nizam und der Baschi-Bozuks bis an die östreichische Grenze zurückgeleitet. Die Waffenruhe, welche auf Wacliks Verwendung von Ragusa aus verlängert wurde, dauert noch fort.

Amerika.

Newyork, 23. März. [Kommissare des Südens; Uebergabe des Forts Brown.] Oberst Mallone, einer der Kommissare des Südens, welche nach Europa gehen sollen, ist gestern in Washington angekommen. Er sprach sich dahin aus, daß man in Montgomery gar keinen Zweifel an der baldigen Anerkennung des südlichen Bundes Seitens der fremden Mächte hege. Die nach England und Frankreich bestimmten Kommissare, William L. Yancey aus Alabama, Richter P. A. Rost aus Louisiana und Oberst A. Dudley Mann, wollen am 27. d. M. von Savannah aus nach Southampton segeln. — Die nach Washington entsandten Kommissare haben noch immer keine endgültige Antwort erhalten. Doch heißt es, die Regierung suche den Weg zu einer friedlichen Lösung des Zerwürfnisses zwischen Norden und Süden anzubahnen, und Seward und Chase seien für eine friedliche Trennung. Aus Texas trifft die Nachricht ein, daß die Bundestruppen das Fort Brown am 12. d. geräumt haben und an Bord des Schiffes „Daniel Webster" nach Key West und Tortugas abgesegelt sind. Auch ein anderer Posten, Camp Cooper, hatte sich den Truppen des Staates übergeben.

Newyork, 27. März. [Die Trennung des Südens von der Union; aus Mexiko.] Wie dem „Newyork Herald" aus Washington gemeldet wird, denkt die Regierung an die Räumung des Forts Pickens, und man glaubt, daß dieselbe binnen 30 Tagen erfolgen wird. Dem Anscheine nach hat die Regierung nicht die Absicht, die Revenüen in den am Golf von Mexiko gelegenen Häfen zu erheben. Man versichert, daß die Kommissare des Südens auf freundschaftlichem Fuße mit dem englischen und dem französischen Gesandten stehen. Im Konvent von Süd-Karolina soll heute eine Resolution beantrag werden, welche darauf dringt, daß Maaßregeln ergriffen werden, um dem Major Anderson jede Zufuhr abzuschneiden. Im Konvent von Louisiana ist eine Resolution eingebracht worden, welche sich für freien Handel zwischen den Staaten des Westens und den verbündeten Staaten des Südens ausspricht. Alle Festungswerke, Arsenale, Leuchtthürme und Revenue-Kutter von Lousiana sollen der südlichen Bundesregierung übergeben werden. — Laut Berichten aus Veracruz vom 21. d. M. wimmelt es auf den zur Stadt Mexiko führenden Hauptstraßen von Räubern. Kapitän Aldham vom britischen Dampfer „Valorous" war auf der Rückkehr von Mexiko nach Veracruz schwer verwundet worden.

Vom Landtage.

Haus der Abgeordneten.

Berlin, 13. April. [35. Sitzung.] Zunächst theilt der Präsident mit, daß der Abg. Graf Dzialynski verstorben sei. Die Mitglieder erheben sich zum Beweise ihrer Theilnahme von ihren Plätzen. Nach Vereinigung der Abgg. v. Chlepowski, v. Guttry und Zumloh (Wahrendorf) erfolgt die nochmalige Abstimmung über die Gewerbesteuernovelle und deren (Sonnabend von uns schon telegraphisch gemeldete; d. Red.) Annahme bei Namensaufruf mit 153 gegen 103 Stimmen. Es folgt die Berathung des Gesetzentwurfes betreffend die Zinsgarantie von 4½ Proz. für das Anlagekapital einer Eisenbahn von Angermünden nach Stralsund ꝛc. Abg. Pannier beantragt Vertagung der Debatte bis zur Berathung des Hertefeld'schen Antrages. Dieser Antrag wird abgelehnt. Gegen die Vorlage sprechen die Abgg. Pannier und Kruse, für dieselbe die Abgg. v. Vincke, Behrend (Danzig), Hinrichs, der Handels- und der Finanzminister. Der Gesetzentwurf wird mit großer Majorität nach der Kommissionsfassung angenommen. Es folgt der Bericht der vereinigten Kommissionen für Handel und Gewerbe und für Finanzen und Zölle über den Gesetzentwurf, betreffend den Bau einer Eisenbahn von Altenbeken an der westfälischen Eisenbahn über Höxter bis zur Landesgrenze bei Holzminden und die Deckung des Mehrbedarfs für die Saarbrücken-Trier-Luxemburger Eisenbahn, sowie über den mit der herz. braunschweigischen Regierung unterm 23. Februar 1861, wegen einer Eisenbahn von Altenbeken nach Kreiensen abgeschlossenen Vertrag und eine auf den Gesetzentwurf bezügliche Petition. Auch hier wird die Regierungsvorlage angenommen und die bezügliche Petition hierdurch für erledigt erklärt. — Es folgt die Berathung über eine Petition: a) des Magistrats und der Stadtverordneten und des Vorsteheramtes der Kaufmannschaft zu Königsberg in Preußen, betreffend den Ausbau einer Eisenbahn von Königsberg nach Pillau; und b) über die Petition des Magistrats und der Stadtverordneten zu Nordhausen, betreffend den Bau einer Eisenbahn von Halle über Nordhausen nach Kassel. Die Kommission beantragte Tagesordnung unter Anerkennung der Wichtigkeit der Linien. Der Handelsminister erklärt, daß die Regierung schon lange mit dem Projekt beschäftigt sei. Die Vorarbeiten seien auf Staatskosten begonnen worden und die Absicht gehe dahin, die Sache sobald als thunlich zum Austrag zu bringen. Die Zeitverhältnisse hatten für jetzt dies nicht gestattet, sondern geboten, sich auf das dringendste Bedürfniß zu beschränken. Sobald es möglich sei, werde das Projekt zur Ausführung gelangen. Schließlich wird auf Antrag des Abg. Tamnau eine motivirte Tagesordnung angenommen. — Endlich wird der Bericht über den Fortgang des Baues und die Ergebnisse des Betriebes der preußischen Staatsbahnen vom Jahre 1860 nach dem Antrag der Kommission für erledigt erklärt. Nächste Sitzung: Montag 10 Uhr.

Berlin, 15. April. [36. Sitzung.] In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurden die Etats für das Finanzministerium, für die verschiedenen Einnahmen bei der allgemeinen Kassenverwaltung, für die Münze und für die Eisenbahnverwaltung ohne Diskussion erledigt. Der Kosten für die ostasiatische Expedition wurde mit keinem Worte gedacht und nur die Etatsüberschreitung bei dem Umbau des Finanzministeriums zog dem Handelsminister die Lehre zu, seine Architekten nicht so lange in den Hörsälen abzunutzen, sondern sie besser im Praktischen zu üben, die Anschläge überhaupt richtiger aufstellen zu lassen. Nach Erledigung von Petitionen nimmt das Haus ebenfalls ohne Diskussion den Lyskowski'schen Antrag, betreffend die Bildung der Urwahlbezirke an und vertagt sich auf Freitag. Auf eine Interpellation des Abgeordneten v. Rosenberg-Lipinsky giebt der Regierungs-Kommissarius für das Finanz-Ministerium die Erklärung ab, daß noch im Laufe der Session der Plan zur Vertheilung der für die Gehaltsaufbesserungen bestimmten 225,000 Thlr. dem Hause zur Genehmigung vorgelegt werden solle.

Militärzeitung.

Preußen. [Resultate der Revaccination in der Armee im Jahre 1860.] Nach der „Militärärztlichen Zeitung" sind innerhalb des Jahres 1860 bei sämmtlichen Truppentheilen der preußischen Armee 69,096 Individuen geimpft worden. Bei 44,193 davon verlief die Impfung durchaus regelmäßig, bei 8256 unregelmäßig und 16,647 Fälle blieben ganz erfolglos. Nachträglich bei einer zweiten Impfung fand von dieser letzten Ziffer noch ein Erfolg statt bei 5577 Fällen, so daß sich also die Gesammtzahl der wirklich mit Erfolg Geimpften auf 49,770 belief. An den Menschenpocken sind im Laufe des Jahres 1860 überhaupt 44 Individuen in der Armee erkrankt, nämlich 17 an Varicellen, 23 an Varioloiden und 4 an echten Pocken. Von diesen 4 letzten Fällen haben 3 mit Tod geendet. 20 Erkrankungen, und zwar 3 an Varicellen, 14 an Varioloiden und 3 an echten Pocken, kamen bei Nichtrevaccinirten vor; 17 Erkrankungen, und zwar 8 an Varicellen, 8 an Varioloiden und 1 an echten Pocken, ereigneten sich bei ohne Erfolg Revaccinirten und in 7 Fällen wurden mit Erfolg Geimpfte befallen, von welchen 6 an Varicellen und 1 an Varioloiden gelitten haben. Von diesen 44 Pockenfällen ereigneten sich 2 beim Gardekorps, 15 beim 1. Armeekorps, 7 beim 2., 6 beim 3., 4 beim 5., 3 beim 6., 2 beim 7. und 5 beim 8. Armeekorps. Das 4. Armeekorps ist ganz verschont geblieben. Die meisten Pockenkranken hatte das 1. Armeekorps, wo die Pocken unter den Einwohnern stark grassirt haben. Die meisten Erkrankungen ereigneten sich, wie gewöhnlich, bald nach dem Eintritt der Rekruten, nämlich in den Monaten Oktober und November.

Belgien. [Annahme des preußischen gezogenen Geschützsystems zunächst für die Belagerungs- und Festungsartillerie.] Das preußische gezogene Geschützsystem ist nunmehr, trotz des dagegen erhobenen Widerspruchs, von Belgien, und zwar zunächst für die Belagerungs- und Festungsartillerie, dennoch adoptirt worden, doch hat die Minorität des zur Prüfung der hierfür bestimmten Kreditforderung des Kriegsministers eingesetzten Kammerausschusses gegen diese Entschließung ein motivirtes Gutachten eingereicht. Die Begründung dieses auch in der Kammer vertheilten Schriftstücks ist beiläufig sehr hohl. In der Einleitung behauptet dasselbe z. B.: „Das einst so gepriesene preußische Zündnadelgewehr sei jetzt in den tiefsten Mißkredit gesunken", während bekanntlich gerade das Gegentheil statthat. Das preußische Zündnadelgewehr hat ein viel zu großes Kaliber für Spitzkugeln, aber das System bietet außerordentliche Vortheile. Viele Einwände gegen die gezogenen Geschütze, die von hinten zu laden, sind gleicherweise falsch; richtig ist dagegen allerdings, daß die von vorn zu ladenden gezogenen Geschütze in Rußland, Frankreich, Sardinien, Spanien, Portugal und Oestreich adoptirt worden sind; aber allgemein ist dabei nur von den umgeänderten Bronzegeschützen die Rede, die Neubeschaffungen dort sind theilweise auch bereits à culasse. Nach dem Bericht des belgischen Kriegsministers kostet das Gußstahlrohr eines gezogenen 12 Pfünders mit eiserner Laffete 6530 Fr., ein Gußstahl-6 Pfünder mit Laffete 3400 Fr. Beiläufig ziemlich derselbe Preis, um welchen man sonst ein Bronzerohr mit Laffete herstellen konnte.

Schweden. [Aenderungen im Militärwesen während des Jahres 1860.] Nach dem Jahresbericht des Sekretärs der Akademie der Kriegswissenschaften haben im Verlaufe des vorigen Jahres folgende Aenderungen im schwedischen Kriegswesen stattgefunden: Für die Indelta-Armee wurde gestattet, sich gegen Erlegung einer Summe von 100 und je nach dem größeren oder geringeren Mannschaftsbedarf von 120 Thlrn. von den Waffenübungen im Frieden loszukaufen; dagegen muß im Kriege ein anderer Mann gestellt werden. Mehr als die Hälfte der dienstpflichtigen Mannschaft darf sich indeß nicht loskaufen. Die Loskaufsgelder werden auf Heranbildung von Kadres verwendet. Die hiefür Bezeichneten haben nicht nur während der Waffenübungen, sondern auch nach Beendigung derselben gegen eine entsprechende Vergütung Dienste zu leisten. Bei der Rekrutirung ist von einem bestimmten Maaß ganz abgesehen worden, nur Untauglichkeit ist künftig ein Befreiungsgrund. Die Matrosen der Handelsflotte sind von den Waffenübungen befreit, aber bis zum 35. Lebensjahr dienstpflichtig. In Kriegszeiten kann der König einen größeren oder geringeren Theil jeder Wehrklasse aufrufen. (Die stehende schwedische Armee besteht eigentlich nur aus den Garden und den Spezialtruppen; es ist deshalb vorzugsweise hier fortgesetzt auch nur von der für den Frieden als Bauern angesiedelten und nur zu besonderen Uebungen (oder für den Krieg einberufenen, sogenannten Indelta-Armee die Rede.) Ein Dienstpflichtiger, welcher sich nicht stellt, ist von dem Tage an, wo er eingebracht wird, auf fünf Jahre dienstpflichtig. Für Generalstabsoffiziere sind Reisestipendien ausgesetzt worden. Die körperliche Züchtigung hat eine bedeutende Einschränkung erfahren. Die Offiziere haben statt der bisher getragenen Degen Säbel mit Stahlscheiden, die eingetheilte Indelta-Armee hat durchgehends einen Waffenrock mit zwei Reihen Knöpfen und graumelirte Beinkleider erhalten. Außerdem sind noch 12,000 neue gezogene Infanterie-Gewehre angeschafft und ist eine neue Schießvorschrift ausgegeben worden. Auch eine neue Soldateninstruktion ist veröffentlicht und eingeführt worden. Der Offizier-Schießverein hat das Zielschießen sehr gefördert und zählt gegenwärtig an 200 Mitglieder. An mehrere Schulen wurden Gewehre abgegeben, um die Schuljugend damit zu üben; ebenso ist auf den Schulen beinahe allgemein die Gymnastik als Lehrgegenstand eingeführt worden. Beim Leib-Grenadierregiment wurde auch ein Versuch mit Feldgymnastik gemacht. Nebstdem sind noch drei- und vierpfündige gezogene Geschütze in Probe genommen worden. Die Befestigungen von Karlsborg, Karlskrona und Rindön wurden verstärkt, die von Stockholm begonnen.

Dänemark. [Rüstungen.] Durch die nach den letzten aus Kopenhagen eingetroffenen Nachrichten verfügte Verdoppelung der Kadres der dänischen Armee ist dieselbe nunmehr bis zu 41 Bataillonen, oder, da die aus 5 Bataillonen bestehende 3. holsteinische Brigade, so viel ersichtlich, noch nicht einberufen ist, bis zu 36 Bataillonen angewachsen. Den Waffen nach unterscheiden sich dieselben in 1 Bataillon Garde zu Fuß, 17 Bataillone Linie und 5 Jägerkorps nebst noch 8 Reservebataillonen, worunter sich 4 Reserve-Jägerkorps mit inbegriffen befinden und die neben ihrer Bezeichnung als Reservetruppen in der Nummer mit den Linienbataillonen und Korps der gleichen Waffe fortlaufen. Die Jägerkorps besitzen übrigens gleicherweise nur Bataillonsstärke und sind in ihrer Organisation nur sehr unwesentlich von den Linienbataillonen verschieden. Die Kriegsstärke der dänischen Bataillone besteht nach der letzten Verfügung hierüber von 1856 und Nachtrag von 1858 aus per Bataillon 944 Kombattanten inkl. Offiziere, so daß also die gesammte Infanterie, mit Ausschluß der holsteinschen Reservebrigade, an Kriegsstärke 35,872 Mann betragen würde. Das holsteinsche Kontingent, 4 Linienbataillone und 1 Jägerkorps, bildet unter den eigentlichen Feldtruppen ebenfalls die 3. Brigade und befindet sich schon seit Ausgang 1851 auf den dänischen Inseln und abwechselnd immer ein Bataillon auch in Kopenhagen in Garnison. Von den 6 dänischen Kavallerieregimentern, 1 Husaren- und 5 Dragonerregimenter mit fortlaufender Nummer, gehört das 6. Dragonerregiment ebenfalls diesem Kontingent an. Einer Verdoppelung der Kavallerie ist zwar in dem Listen- und Kontrollwesen vorgesehen, hat aber bisher noch nie stattgefunden und liegt außerdem auch wohl ebensowenig in der Nothwendigkeit, da die Beschaffenheit der ganzen jütischen Halbinsel die Verwendung der Kavallerie nur in sehr beschränktem Maaße gestattet, als die vorhandenen Bestände an Kavallerieutensilien und die beschränkten Geldmittel des dänischen Staats hierzu ausreichen würden. An Artillerie besitzt Dänemark zwei Regimenter mit 12 bespannten Batterien zu in Kriegsstärke von je 8 Geschützen, zu welchen für den Mobilmachungsfall per Regiment noch je 4 gleich stark berechnete Reservebatterien hinzutreten, so daß also die gesammte Feldartillerie aus 20 Batterien mit 160 Geschützen bestehen wird. Unter Abzug der schwerlich mit Erfolg gegen Deutschland zu verwendenden holsteinschen Truppen dürfte die gesammte dänische Macht etwa auf 30,000 bis 36,000 Mann aktiver Feldtruppen, dabei 3000 bis 3600 Mann Kavallerie und mit zwischen 100 bis 120 oder 130 Feldgeschützen berechnet werden. Unter dem für den Fall eines deutsch-dänischen Krieges schwerlich ausbleibenden Hinzutritt von 50,000 bis 60,000 Franzosen und mit Unterstützung einer französisch-dänischen Flotte allerdings immerhin eine Macht, wider welche Hamburg und Lübeck gegen eine wenn auch nur vorübergehende Besitznahme zu schützen nicht geringen Schwierigkeiten unterliegen würde. Wie in Dänemark die französische Unterstützung im Geheimen wohl schon gegenwärtig thätig ist, ergiebt sich am Besten daraus, daß etwa seit vier Wochen bereits zwei dänische Batterien mit angeblich in Frankreich angekauften gezogenen Geschützen französischen Systems bewaffnet worden sind, wie daß von ebendort große Sendungen gezogener Gewehre in Kopenhagen angelangt und bereits an die verschiedenen Jägerkorps und die Garde, wie die dritten Glieder der Linienbataillone ausgegeben worden sind, während sich vor wenigen Wochen noch, außer bei einigen Jägerkorps, welche die 1850 von den ehemals schleswig-holsteinschen Jägerkorps abgegebenen gezogenen Feuerwaffen führten, kein derartiges Gewehr vorhanden befand. Die Dänen rühmen sich, bis Ausgang Frühjahr mit per Artillerieregiment 4 gezogenen Batterien und einer durchgängig mit gezogenen Gewehren bewaffneten Infanterie im Felde auftreten zu können. —p.

Lokales und Provinzielles.

Q Posen, 16. April. [Hülfsverein für landwirthschaftliche Beamte.] Am Sonntage fand in Mylius Hôtel die Gründung eines landwirthschaftlichen Beamtenhülfsvereins für die Provinz Posen statt. Nachdem ähnliche Bestrebungen in verschiedenen Kreisen vorangegangen waren, die sich jedoch theils nur in lokalen Grenzen bewegten, theils, weil sie das Statut des Oekonomen-Vereins in der Mark ihren Bestrebungen zum Grunde legten, nur eine geringe Lebensfähigkeit besaßen, hatten (wie wir s. Z. berichtet; d. Red.) einige Herren unter Leitung der Rittergutsbesitzer Beuther und Witt die Gründung eines die ganze Provinz umfassenden Vereins beschlossen und zu diesem Zwecke nicht allein sämmtliche Gutsbesitzer, Pächter und Beamten, sondern auch den Gründer des schlesischen Beamtenhülfsvereins, Herrn Elsner von Gronow auf Kalinowitz, auf den 14. d. nach Posen eingeladen. Die Versammlung war so zahlreich besucht, daß der Saal die Theilnehmer nicht fassen konnte, unter denen das deutsche Element, dessen Langsamkeit und Theilnahmlosigkeit auch hier noch immer so schwer zu überwinden ist, nur schwach vertreten war, während man in diesem Falle das Gegentheil anzunehmen gewiß vollkommene Berechtigung hatte. Die anwesenden Polen stellten nach Eröffnung der Versammlung durch eine Ansprache des Rittergutsbesitzers Witt den Antrag auf Ergänzung des Komités durch einen polnischen Vorsitzenden und auf Verhandlung in beiden Landessprachen, welchem Wunsche das Komité nachkam. Zum Vorsitzenden wurde demnach Landschaftsrath v. Jaraczewski, zu Protokollführern Polizeiverwalter Bornschein und Generalbevollmächtigter Kubicki gewählt. Auf Antrag des Herrn Elsner von Gronow wurde das schlesische Statut der Verhandlung zum Grunde gelegt und schließlich mit geringfügigen Abänderungen angenommen. Ein von der Versammlung gewähltes Komité wird die Bestätigung des Statuts bei dem Oberpräsidium nachsuchen und die nothwendigen Schritte zur interimistischen Bildung der Kreisvereine nebst deren Vorständen und Ehrenräthen thun. Möchte es sich in dieser Beziehung ähnlicher Unterstützung von Seiten der Landräthe erfreuen, wie dies in Schlesien der Fall war, und durch ein einmüthiges Nebeneinanderwirken beider Nationalitäten dies segensreiche Werk des Friedens kräftig gefördert werden.

R — [Eine Gedenkgabe.] Bekanntlich wurde vor Kurzem der Oberforstmeister v. Bailliodz von der hiesigen an die k. Regierung nach Breslau versetzt. Während seiner langjährigen Wirksamkeit im diesseitigen Departement hat sich derselbe die Liebe und Anhänglichkeit sämmtlicher Forstbeamten in hohem Grade zu erwerben gewußt und man war daher darauf bedacht, solcher Gesinnung auch einen bleibenden Ausdruck zu geben. Die k. Oberförster und Forstkassenrendanten des Posener Departements haben daher ihrem früheren Vorgesetzten hier bei den rühmlichst bekannten Gold- und Silberarbeitern Rehfeld und Keyl einen werthvollen silbernen, inwendig vergoldeten Pokal anfertigen lassen, auf welchem neben der Widmungsinschrift die Namen der Betheiligten angebracht sind, während den Deckel desselben das schöne Bild eines sitzenden Hirsches ziert. Das Ehrengeschenk dankbarer Anhänglichkeit soll nunmehr bald abgesandt werden, steht indeß vorläufig noch für die Verehrer des Gefeierten und die Interessenten in dem Lokale der Herren Rehfeld und Keyl (Wilhelmsstraße 13), aus deren Atelier schon eine Anzahl ähnlicher sehr sauberer und geschmackvoller Arbeiten hervorgegangen sind, auf kurze Zeit zur Ansicht aus.

— [Eine Schlägerei] zwischen mehreren Knechten und Soldaten hat, wie wir hören, am Sonntag Abends etwa um 7 Uhr in einem öffentlichen Lokale auf der Wilda stattgefunden und es sollen dabei Verwundungen vorgekommen sein. Auf bloße Gerüchte hin können wir Weiteres nicht darüber berichten, da man sehr wohl weiß, wie das Gerücht stets zu übertreiben pflegt; und aus kompetenter Quelle ist uns zu unserm Bedauern bis heute keine Notiz darüber zugegangen.

— [Erledigte Schulstellen.] Die evang. Schullehrer- und Kantorstelle zu Jarocin (Kr. Pleschen), zum 1. Juli d. J.; die vierte evang. Schullehrerstelle zu Punitz (Kr. Kröben), zum 1. Juli d. J.; die evang. Schullehrerstelle zu Dalewo (Kr. Kosten), zum 1. Mai d. J. Der betr. Schulvorstand hat bei sämmtlichen Stellen das Präsentationsrecht.

— [Sperraufhebung.] Die Schafpocken in Lutomek (Kr. Birnbaum) sind erloschen und die Ortssperre ist aufgehoben.

S — [Die Vorlesung des Herrn Maximilian Urban], deren wir neulich gedachten und für welche derselbe Scheerenbergs patriotisches Gedicht: „die Schlacht bei Waterloo" gewählt hat, findet nunmehr, wie wir hören, morgen Abend ½8 Uhr im Kasinosaale bestimmt statt. Da die Umstände den Lektor zwangen, von seinem ursprünglichen Plane, drei derartige Vorträge zu halten, abzugehen, so läßt sich vielleicht voraussetzen, daß dieser eine zahlreicher besucht sein wird. Es versteht sich von selbst, daß Herr Urban bei der Lektüre des interessanten Werkes einige Kürzungen vornehmen dürfte, da das Ganze doch den Zeitraum, der einem solchen Vortrage billig gegönnt werden kann, bedeutend überschreiten würde. Wir wünschen dem strebsamen Künstler für sein Unternehmen, mit welchem er Abschied von Posen nimmt, eine zahlreiche Theilnahme.

ħ Birnbaum, 14. April. [Dem Rechenschaftsberichte des Muchocyn-Marienwalder Deichamtes] pro 1860 entnehmen wir Folgendes: Die Verwaltung hat sich im verflossenen Jahre darauf beschränken müssen, das Vorhandene zu erhalten, von der bei der Provinzial-Hülfskasse noch haftenden Schuld 2000 Thlr. abzustoßen, so wie die im Vorjahre beschlossene umfangreiche Regulirung der Haupt-Abzugsgräben mit äußerster Sparsamkeit in Angriff zu nehmen, weil zu weitern Unternehmungen das dazu erforderliche Kapital fehlte. Zur Aufbringung desselben konnte man ebensowenig neue Schulden kreiren, als die Deichgenossen zu stärkeren Beiträgen heranziehen. Die Aufnahme einer neuen Anleihe, die zur Durchführung der noch zu vollendenden Leistungen ein Kapital von mindestens 5000 Thlrn. erfordert, würde (abgesehen von der nur zweifelhaften Möglichkeit der Rückgewähr) eine Zinsenlast von jährlich 250 Thlrn. herbeiführen. Dazu kommen die Zinsen der bei der Provinzial-Hülfskasse noch notirten Schuld von 11,000 Thlrn. mit 550 Thlr.; die Zinsen der aus Staatskassen geliehenen vom Jahre 1864 ab zu amortisirenden 15,000 Thlr. mit 750 Thlr. und endlich die muthmaßlichen jährlichen Unterhaltungs- und Verwaltungskosten mit 450 Thlr. Danach wäre der jährlich aufzubringende Bedarf 2000 Thlr. — Die eingedeichte Fläche enthält, vorbehaltlich der genauen Festsetzung durch das Deichkataster, 3550 Normalmorgen, und es würden die Jahresbeiträge für den Morgen sich auf circa 17 Sgr. belaufen. Gleichwohl wird mit aller Kraft dahin gewirkt werden müssen, bis 1864, als dem Zeitpunkte, mit welchem die Verzinsung der aus Staatskassen geliehenen 15,000 Thlr. beginnt, das Programm zu erfüllen, indem mit dem Hinzutritte jener 750 Thlr. jährlichen Zinsen die Deichgenossenschaft vollauf belastet sein wird. Zur Hebung der Finanzverhältnisse der Deichsozietät glaubte der Deichhauptmann, Rittergutsbesitzer v. Kalckreuth kein zuläſſiges Mittel unversucht zu lassen und erbot sich derselbe, für Rechnung der Genossenschaft ein Lotterieloos der k. Klassenlotterie mit der Maaßgabe zu spielen, daß, im Falle die gewählte Nummer sich als eine Niete ergeben sollte, der Kostenbetrag vom Deichhauptmann der Deichkasse zurückerstattet werden sollte. Dies Anerbieten ist jetzt zur Ausführung gekommen, und wir wünschen dem Deichverbande einen recht hohen Gewinn.

Personal-Chronik.

Posen, 16. April. [Personalveränderungen] bei den Justizbehörden im Bezirk des königlichen Appellationsgerichts zu Posen für den Monat März 1861. Bei dem Appellationsgerichte: der Appellationsgerichts-Vizepräsident Graf v. Schweinitz und Niebusch ist zum Ersten Präsidenten und der Geheime Ober-Justizrath de Rège zu Berlin zum Vizepräsidenten des königlichen Appellationsgerichts, Letzterer mit Vorbehalt seines Ranges als Geheimer Ober-Justizrath, Allerhöchst ernannt worden; der Appellations-Gerichtsrath Werner ist an das königliche Appellationsgericht zu Ratibor versetzt und der Kreisgerichtsrath v. Crousaz zum Appellations-Gerichtsrath ernannt worden; der Notar, Justizrath Hoyer ist gestorben; der Referendar Treplin ist zum Gerichtsassessor ernannt; der Referendar Trachmann ist auf seinen Antrag aus dem Justizdienste entlassen; der Sergeant Schorstein ist als Hülfsbote angenommen. Bei dem Kreisgerichte zu Birnbaum: der Büreaudiätar Schmidt aus Krotoschin ist hierher versetzt. Bei dem Kreisgerichte zu Grätz: die Gerichtsassessoren Mroziński und Hoffmann sind zu Kreisrichtern und der Kreisrichter Klemme ist zum Rechtsanwalt und Notar ernannt worden. Bei dem Kreisgerichte zu Kempen: der Gerichtsassessor Polomski ist zum Kreisrichter ernannt und in dieser Eigenschaft hierher versetzt worden; der Kreisrichter Grauer ist zum Rechtsanwalt und Notar ernannt. Bei dem Kreisgerichte zu Kosten: der Gerichtsassessor Wünnenberg ist zum Kreisrichter er-

nannt worden. Bei dem Kreisgerichte zu Krotoschin: der Rechtsanwalt und Notar Arnold ist aus Meseritz und der Büreaudiätar Klimes aus Wollstein hierher versetzt worden; der Exekutor und Bote Alder ist seines Amtes entsetzt und der Invalide Młotowski als Hülfsbote und Exekutor angenommen worden. Bei dem Kreisgerichte zu Lissa: dem Büreauassistenten Reichelt zu Fraustadt ist die Funktion als Kanzleidirektor bei der Gerichtsdeputation daselbst übertragen worden. Bei dem Kreisgerichte zu Meseritz: der Gerichtsassessor Manske ist zum Kreisrichter ernannt und der Gerichtsassessor Froehner aus dem Bezirke des Kammergerichts zu Berlin, unter Ernennung zum Rechtsanwalt und Notar im diesseitigen Bezirke, hierher versetzt worden. Bei dem Kreisgerichte zu Ostrowo: der Kriminalgerichts-Direktor Richter ist gestorben. Bei dem Kreisgerichte zu Posen: der Gerichtsassessor Hoegg aus Arnsberg ist als Hülfsrichter hierher abgeordnet worden; der Hülfsbote Wilczyński ist auf seinen Antrag entlassen und der Sergeant Michalski aus Ostrowo als Hülfsbote und Exekutor angenommen worden. Bei dem Kreisgerichte zu Schrimm: der Kreisrichter Karpiński aus Schroda und der Rechtsanwalt und Notar v. Lisiecki aus Pleschen sind, Ersterer unter Ernennung zum Rechtsanwalt und Notar im diesseitigen Departement, hierher versetzt; der Gerichtsassessor Elsner v. Gronow ist zum Kreisrichter ernannt. Bei dem Kreisgerichte zu Schroda: der Kreisrichter Henschke aus Schrimm ist hierher versetzt und ihm die Funktion des Dirigenten der 2. Gerichtsabtheilung übertragen worden; der Gerichtsassessor Dr. Węclewski ist zum Kreisrichter ernannt und als solcher hierher versetzt worden. Bei dem Kreisgerichte zu Wreschen: der Kreisrichter Małecki aus Posen ist als Rechtsanwalt und Notar hierher versetzt und der Gerichtsassessor v. Szymoński zum Kreisrichter ernannt worden.

Angekommene Fremde.

Am 16. April 1861.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Se. Durchlaucht der Fürst Sułkowski aus Reisen, die Gutsb. Graf Bniński aus Glesno, Graf Czarnecki aus Rakwitz, v. Morawski aus Lubonia, Sperling aus Kikowo und v. Kamiński aus Głupoń, Agent Tesmer aus Danzig, die Kaufleute Altmann aus Waldheim, Blütchen aus Vetschau, Schäde und Lewysohn aus Berlin.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Fabrikant Rüttgers aus Voerd, die Kaufleute Härtel und Welters aus Berlin, Schneider aus Breslau und Siegfried aus Thorn, die Rittergutsb. Lange aus Groß-Rybno, Heinze aus Preußendorf und Strauven aus Pawłowice.

HOTEL DU NORD. Königlicher Kammerherr und Rittergutsbesitzer Graf Żółtowski aus Czacz, die Rittergutsbesitzer Graf Czapski aus Bukowiec, v. Morawski aus Jurkowo, v. Sławski aus Komornik, v. Skarzyński aus Groß-Sokolnik und v. Jaróchowski aus Klein-Sokolnik, Gutspächter Werczyński aus Kęszyce, Probst Bortliszewski aus Konarzewo, Generalbevollmächtigter v. Siedmiogrodzki aus Neudorf und Frau Kaufmann Lewińska aus Thorn.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Rittergutsb. Graf Plater aus Prochy und v. Łakomicki aus Machcin, die Rittergutsb. Frauen Gräfin Plater aus Prochy und v. Komierowska aus Warschau, Frau Apotheker Kretschmer und Rentiere Fräulein Kretschmer aus Schroda, Lieutenant im 1. Posenschen Landw. Regiment (Nr. 18) Krause aus Schwerin a. W., Rentier Hurtig aus Samoczyn, Gymnasiast Hurtig aus Lissa und Kaufmann Goedeckemeyer aus Hannover.

SCHWARZER ADLER. Gutsbesitzer v. Kamiński aus Samter und Frau Gutspächter Petzel aus Komorowo.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Konditor Karpowski aus Samter, die Gutsbesitzer Graf Mielżyński aus Gostyczyn und v. Żółtowski aus Zajączkowo.

HOTEL DE BERLIN. Kaufmann Sonnemann aus Berlin, Maurermstr. Pestrich aus Rogasen, Rittergutsb. Hoffmeyer aus Złotnik und Gutsb. Nawrocki nebst Frau aus Brenno.

HOTEL DE PARIS. Die Gutsb. Szulczewski aus Boguniewo, Kompf aus Krzesiny und v. Węsierski aus Myszki, Frau Gutsbesitzer Jeske aus Strzyżewo und Gutspächter Seredyński aus Niemierzyce.

BAZAR. Probst Dr. v. Prusinowski aus Grätz, Frau Gutsb. v. Lipska aus Neuludom, die Gutsb. v. Zabłocki aus Tunowo, v. Niegolewski aus Morownica, v. Koczorowski aus Mikoszki, v. Skórzewski aus Komorze, v. Mielęcki aus Labiszyn, v. Rybiński aus Dembiniec, v. Łączyński aus Kościelec, v. Wierzbiński aus Stare und v. Moszczeński aus Wiatrowo.

GROSSE EICHE. Gutsbesitzer v. Chełmski aus Wązowo.

EICHENER BORN. Die Kaufleute Pflaum aus Trzemeszno, Guzowski aus Klecko, Lübeck aus Czarnikau und Hoch aus Breslau.

BUDWIG'S HOTEL. Gutsb. Kosimowski aus Dominowo, die Kaufleute Kaphan aus Schroda, Fabisch aus Santomysl und Gebrüder Löwy aus Wongrowitz.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Bekanntmachung.

Wegen Reparatur der städtischen Wasserleitung am blauen Thurm des Forts St. Adalbert wird die Straße über die kleine Schleuse von **Montag den 22. bis Sonnabend den 27. d. Mts.** für Fuhrwerk gesperrt. Letztere müssen demnach, wenn sie zum Kirchhofs- oder Schillingsthor herein oder hinaus wollen, über den Gerberdamm fahren.

Posen, den 15. April 1861.

Königliche Kommandantur.
gez. v. Heisler.

Königlicher Polizeipräsident.
gez. v. Baerensprung.

Freitag den 19. d. Mts. Vormittags 10 Uhr sollen vor dem **Rochus-Fort** mehrere noch brauchbare **Packfässer** und dergleichen **Kisten** gegen sofortige Bezahlung an den Meistbietenden verkauft werden.

Posen, den 15. April 1861.

Das Kommando des 2. Bataillons 2. Brandenb. Grenadier-Regiments (Nr. 12).

Bekanntmachung.

Die auf 970 Thlr. veranschlagten Maurerarbeiten und die auf 314 Thlr. veranschlagten Zimmerarbeiten zum Bau eines neuen Militär-Lazareths in **Schrimm** sollen im Wege der Submission ausgethan werden.

Unternehmer wollen ihre Offerten schriftlich und versiegelt unter der Adresse des Magistrats zu **Schrimm** franko bis spätestens **den 22. April c. Vormittags 10 Uhr** einreichen, zu welchem Tag und Stunde die Eröffnung im Beisein der Submittenten stattfinden soll.

Später eingehende Offerten können nicht berücksichtigt werden.

Die Bedingungen und speziellen Verzeichnisse können während der Amtsstunden im hiesigen Magistratsbüreau eingesehen oder Abschriften gegen Erlegung der Kopialien in Empfang genommen werden.

Schrimm, den 12. April 1861.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Zum Bau eines neuen Militärlazareths in **Schrimm** werden folgende Holzmaterialien gebraucht:

1) 1247 l. Fuß 8 und 11 Zoll starkes geschnittenes vollkantiges kiefernes Bauholz,
2) 560 l. Fuß 8 und 10 Zoll „ „ „
3) 372 l. Fuß 7 und 8 Zoll „ „ „
4) 217 l. Fuß 7 und 7 Zoll „ „ „
5) 859 l. Fuß 6 und 6 Zoll „ „ „
6) 850 l. Fuß 5 und 7 Zoll „ „ „
7) 993 l. Fuß 4 und 5 Zoll „ „ „
8) 110 □Fuß 2 Zoll starke eichene Bohlen,
9) 712 □Fuß 3 Zoll starke kieferne Bohlen,
10) 320 □Fuß 2 Zoll „ „ „
11) 4202 □Fuß 1½ Zoll starke kieferne Bretter,
12) 895 □Fuß 1¼ Zoll „ „ „
13) 7213 □Fuß 1 Zoll „ „ „
14) 2700 l. Fuß Latten,
15) 4191 □Fuß Kantschwarten.

Die Lieferung soll im Wege der schriftlichen Submission an den Mindestfordernden ausgethan werden.

Bedingungen und spezielle Verzeichnisse von den Holzmaterialien können während der Amtsstunden im hiesigen Magistratsbüreau eingesehen, oder Abschriften gegen Erlegung der Kopialien in Empfang genommen werden.

Sämmtliche Hölzer müssen im Winter geschlagen sein.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten schriftlich, versiegelt und unter dem Vermerk: „**Material-Lieferung zum Militär-Lazarethbau in Schrimm**", unter der Adresse des Magistrats bis spätestens den 22. April c. Vormittags 10 Uhr franko einreichen, zu welchem Tag und Stunde die Eröffnung im Beisein des Submittenten stattfinden soll.

Später eingehende Offerten können nicht berücksichtigt werden.

Schrimm, den 12. April 1861.

Der Magistrat.

Konkurs-Eröffnung.

Königliches Kreisgericht zu Schroda, Erste Abtheilung,
den 28. März 1861 Mittags 12 Uhr.

Ueber den Nachlaß des hierselbst verstorbenen Kaufmanns **Anton Łanowski** ist der gemeine Konkurs eröffnet und der Rechtsanwalt **v. Trampczynski** zum einstweiligen Verwalter der Masse bestellt worden.

Die Gläubiger des Gemeinschuldners werden aufgefordert, in dem **auf den 12. April Vormittags 11 Uhr** vor dem Kommissar, Herrn Kreisrichter **Wiebmer**, anberaumten Termine ihre Erklärungen und Vorschläge über die Beibehaltung dieses Verwalters oder die Bestellung eines anderen einstweiligen Verwalters abzugeben.

Allen, welche von dem Gemeinschuldner etwas an Geld, Papieren oder anderen Sachen in Besitz oder Gewahrsam haben, oder welche ihm etwas verschulden, wird aufgegeben, nichts an denselben zu verabfolgen oder zu zahlen, vielmehr von dem Besitze der Gegenstände **bis zum 14. Mai 1861 einschließlich** dem Gericht oder dem Verwalter der Masse Anzeige zu machen und Alles, mit Vorbehalt ihrer etwanigen Rechte, ebendahin zur Konkursmasse abzuliefern. Pfandinhaber und andere mit denselben gleichberechtigte Gläubiger des Gemeinschuldners haben von den in ihrem Besitz befindlichen Pfandstücken nur Anzeige zu machen.

Zugleich werden alle Diejenigen, welche an die Masse Ansprüche als Konkursgläubiger machen wollen, hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche, dieselben mögen bereits rechtshängig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrecht **bis zum 24. Mai 1861 einschließlich** bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden und demnächst zur Prüfung der sämmtlichen, innerhalb der gedachten Frist angemeldeten Forderungen, so wie nach Befinden zur Bestellung des definitiven Verwaltungspersonals **auf den 29. Mai 1861 Vormittags 11 Uhr** in unserem Gerichtslokal, Terminszimmer Nr. 10, vor dem Kommissar, Herrn Kreisrichter **Wiebmer**, zu erscheinen.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserem Amtsbezirke seinen Wohnsitz hat, muß bei der Anmeldung seiner Forderung einen am hiesigen Orte wohnhaften oder zur Praxis bei uns berechtigten auswärtigen Bevollmächtigten bestellen und zu den Akten anzeigen. Denjenigen, welchen es hier an Bekanntschaft fehlt, werden die Rechtsanwalte **Engel** und **Weiß** zu Sachwaltern vorgeschlagen.

Nothwendiger Verkauf.

Königliches Kreisgericht zu Kempen.

Das auf dem vormaligen Territorio der Herrschaft **Kempen** sub Nr. 26 belegene, den **Albert Julius Gotthelf** und **Sophie Charlotte Jaeckel**schen Eheleuten gehörige Grundstück **Joachimsthal**, abgeschätzt auf 33,353 Thlr. 11 Sgr. 8 Pf., zufolge der, nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, soll **am 21. Juni 1861 Vormittags 11 Uhr** an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Die Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben sich mit ihrem Anspruche spätestens im obigen Termine zu melden.

Kempen, den 17. November 1860.

Nothwendiger Verkauf.

Das der verwittweten **Samojska, Charlotte Wilhelmine** geborne **Tickel**, und den Geschwistern **Samojski** gehörige, unter Nr. 438 zu **Bromberg**, Berlinerstraße, belegene Grundstück, abgeschätzt auf 5148 Thlr. 27 Sgr. 9 Pf., zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, soll **am 19. Juli 1861 Vormittags 11 Uhr** an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Die dem Aufenthalte nach unbekannten Miteigenthümer und Realinteressenten, namentlich 1) Wittwe **Samojska, Charlotte Wilhelmine** geborne **Tickel**, zuletzt in Bartelsen, 2) **Julius Louis Samojski**, zuletzt in Warschau, 3) die Geschwister **Louis** und **Emma Mohr**, 4) die **Teschendorff**'schen Eheleute, 5) die Geschwister **Johann Gottlieb, Gottfried** und **Marianna Elisabeth Schulz**, werden hierzu öffentlich vorgeladen.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben ihren Anspruch bei dem Subhastationsgericht anzumelden.

Bromberg, den 29. Dezember 1860.

Königl. Kreisgericht. I. Abtheilung.

Einige **Pensionäre** finden freundliche Aufnahme unter den billigsten Bedingungen in einer im Garten gelegenen Wohnung bei

Wittwe ***Langwand***,
Fischerei Nr. 3,
im Hause des Herrn Stadtsekretär **Zehe**.

Möbel-, Silber- und Champagnerauktion.

Im Auftrage des königl. Kreisgerichts hier werde ich **Freitag den 19. April c.** Vormittags von 9 Uhr ab in dem **Auktionslokal Magazinstraße Nr. 1**

diverse Möbeln, Silberzeug, als Leuchter, Löffel ꝛc. ꝛc., Kleidungsstücke, Betten, eine Taschenuhr, Hausgeräth,

alsdann:

150 Bout. Champagner

und eine Partie Cigarren,

öffentlich meistbietend gegen baare Zahlung versteigern. **Zobel**, gerichtlicher Auktionator.

Ich zeige ergebenst an, daß ich mein neu eingerichtetes **Hôtel zum goldenen Adler** eröffnet habe, welches ich hiermit empfehle.

Buk, im April 1861.

R. Winter,
Apotheken- und Hôtelbesitzer.

Strohhüte werden zum Waschen, Modernisiren und Färben angenommen und nach Berlin befördert. Auch finden in Putz geübte Damen sofort Beschäftigung bei

M. Elkan, Schloßstraße 2.

Kommissionslager
Stalling & Ziem'scher Pappen
befindet sich bei
Posen, Friedrichsstraße 33. ***H. Klug.***

Gelbe Lupinen
zur Saat sind in **Neudorf** bei **Schwersenz** zu haben.

Blaue Saatlupinen offerirt billigst
A. Silberstein, gr. Gerberstr. 43.

Gogoliner Kalk.

Unsere, unter Leitung unsres Mitgliedes Hrn. **Eduard Ephraim** in **Posen, Hinter-Wallischei 114**, stehende Niederlage erhält jetzt **täglich frische** Zusendungen von Kalk, und empfehlen wir solchen in bekannter Qualität zu den **billigsten Preisen.**

An Wiederverkäufer gewähren wir Rabatt.

Das Gogoliner und Gorasdzer Kalk- und Produkten-Komptoir.

Runkel, lange rothe, 100 Pfd. 15 Thlr.
dito Klumpers, 100 Pfd. 18 Thlr.
dito Pohl's Riesen-, 100 Pfd. 20 Thlr.
Möhren, weiße grünköpf. à Pfd. 7½ Sgr.
Raygras, echt engl.

A. Niessing in **Poln. Lissa.**

---

500 Scheffel gute **rothe Riesen-Kartoffeln**, wie **Riesen-Spörgel** und **langes Rohr** zu haben in **Nadrożno** bei **Pudewitz.**

Den Blumen- und Gartenfreunden, Land- und Forstwirthen
empfehle mein reichhaltiges Lager von landwirthschaftlichen und Garten-Sämereien, und steht mein spezielles Samenverzeichniß gratis und franko zu Diensten.

Auch empfehle ich Mais in bester Qualität.

Posen, im Frühjahr 1861.

Samen-Handlung
von ***Heinrich Mayer***, Kunst- u. Handelsgärtner.
Königsstraße 6/7 u. 15 a.

Das Neueste und Eleganteste der Saison empfiehlt, von der Leipziger Messe retournirt,
das Putz- und Modemagazin

H. Kantorowicz geb. Weyl,

Neuestraße 5, erste Etage, über der Handlung des Herrn Frankiewicz.

Gerichtlicher Ausverkauf.

Das zur Konkursmasse der Handlung **Meyer Falk Nachfolger** gehörige Waarenlager ist nach dem Wilhelmsplatz Nr. 16 in das Dr. Jagielski'sche Haus verlegt worden, und wird daselbst der Ausverkauf zu herabgesetzten Preisen fortgesetzt.

Lipschitz,
Verwalter der Masse.

Alle Tage frische süße **Sahnbutter**, so wie andere gute **Koch-** und **Eßbutter**, pro Pfund à 8½ und 9 Sgr., echten **Schweizer, holländischen, Kräuter-** und **Sahnkäse** empfiehlt möglichst billig

S. Kistler, Büttelstraße Nr. 18.

Lotterie.

Die Erneuerung der Loose zur IV. Klasse 123. Lotterie muß bei Verlust des Anrechts spätestens am 22. d. M. erfolgen.

Posen, den 15. April 1861.

Der Lotterie-Obereinnehmer **Fr. Bielefeld.**

Schwerste Wollsackleinwand

empfiehlt billigst ***Benjamin Schoen***, Markt 49.

In meinem Lager habe ich vorräthig: fertige Tragebilder, Fahnenstangen, Fahnenbilder, Monstranzvorsteller, Baldachin-Figuren aus Holz, Heilige vorstellend, Christusfiguren auf Zink in Oel gemalt, auf Kirchhöfen und Kapellen u. dgl. Ferner Barockrahmen, Kölner Politurleisten in allen Breiten und Goldleisten zur Einrahmung der Bilder.

W. Grünastel,
Vergolder,
Jesuitenstraße Nr. 8.

Das Nähmaschinen-Lager

aus der **Th. Stiehr**'schen Fabrik befindet sich Breitestr. 2 und verkaufe ich die Maschinen zu nachstehenden Fabrikpreisen:

Maschinen zu Tuch, Leder, Lasting ꝛc. 75, 85 u. 100 Thlr.

Maschinen zu Wäsche aller Art 55 u. 65 Thlr.

Der Unterricht wird von mir ertheilt.

Th. Davidsohn.

Aus der Parfumerie-Fabrik von **Carl Süss**, Parfumeur in **Dresden** erhielt eine neue Sendung der beliebten

Besten Mandelkleie

aus nicht entölten Mandeln bereitet, nicht bloss gewöhnliches Mehl, wie es jetzt allgemein für Mandelkleie verkauft wird; die Meinige ist sofort durch den frischen Mandelgeruch beim Waschen als echt zu erkennen. Bestes und einfachstes Mittel, die Haut weich und weiss zu machen, so wie das Aufspringen derselben zu verhüten. à Schachtel 2½ und 5 Sgr.

Alleiniges Depôt für **Posen** und Umgegend in der Cigarren- und Tabakshandlung von

Marcus Friedländer,
Wilhelmsplatz 6.

Die neueröffnete Weinhandlung en gros & en détail von

Jacob Tichauer,

Mittelstraße 31, gegenüber dem Rathskeller, empfiehlt nächst den bisher schon geführten Bordeaux- und Rheinweinen ihr

bedeutendes Ungarwein-Lager

geneigter Beachtung mit dem ergebenen Bemerken, daß schon bei Abnahme eines Quarts der Engrospreis berechnet wird.

Selterwasser halte stets auf Lager.
Emil Siewerth in **Schrimm.**

Butter!

Frische Tafel- und fette Koch- und Backbutter ist wieder vorräthig bei

Adolph Bernstein,
Schloßstraßen- und Marktecke Nr. 5.

Frischen **grünen Lachs** empfangen heute Abend per **Eilgut**

W. F. Meyer & Co.,
Wilhelmsplatz Nr. 2.

Frische Lachse

von vorzüglicher Qualität
empfange heute Abend als Eilgut.

Wittwe Korach,
Wronkerstraße Nr. 6.

Frischen grünen Lachs empfängt heute per **Eilgut** und empfiehlt **billig**

Jacob Appel,
Wilhelmsstr. 9, vis-à-vis Mylius Hôtel.

כשר **Saure Gurken** bei ***H. J. Elkan.***

Täglich **frische Pfundhefen**, à Pfd. 6 Sgr., sind zu haben Breslauerstraße Nr. 33.

R. Hinz.

Ich wohne jetzt **Bäckerstraße Nr. 10.**
Jeenicke, Kreistaxator.

Wilhelmsplatz Nr. 4 ist der von **Morgenstern** inne habende Laden mit oder ohne Wohnung vom 1. Oktober c. ab zu vermiethen beim Wirth.

Büttelstr. 19 ist ein Boden zu Tabak. z. verm.

Büttelstr. 19 ist eine möblirte Stube zu verm.

Wilhelmsstraße Nr. 23 ist eine möblirte Stube im dritten Stock nach vorne zu vermiethen.

Ein gut möblirtes Zimmer ist vom 1. Mai c. ab zu vermiethen. Näheres bei Hrn. Destillateur ***Latz***, alten Markt.

Eine möblirte Stube ist **St. Adalbert 41** 3 Treppen hoch zu vermiethen.

Der Beamten-Posten zu **Lowenein** bei **Schwersenz**, mit einem Gehalt von 100 Thlrn. und freier Station, wird am 1. Juli c. vakant. ***A. Opitz.***

Ein Knabe von rechtlichen Eltern, der Lust hat **Koch** zu werden und die nöthige Schulbildung dazu besitzt, kann ein Unterkommen finden bei ***C. Darnstädt*** im **Odeum.**

Ein praktischer Landwirth, beider Landessprachen mächtig, militärfrei, unverheirathet, wünscht auf einem größeren Gute die erste Beamtenstelle zu übernehmen. Reflektanten wollen Abschrift der Atteste in der Expedition gefälligst einsehen.

Ein unverheiratheter, gut empfohlener Wirthschaftsinspektor, der deutschen und polnischen Sprache mächtig, gegenwärtig noch in Kondition, sucht von Johanni d. J. eine wo möglich selbständige Stellung. Nähere Auskunft wird unter Chiffre **S. L. W.** in **Lopienno** ertheilt.

Stellegesuch. Ein solides und anständiges Mädchen (von auswärts) sucht ein baldiges Unterkommen, gleichviel ob in einem Verkaufsgeschäft oder in einer Wirthschaft. Nähere Ausk. ertheilt die Exped. d. Bl.

M. 17. IV. M. C. fällt aus.

F. 19. IV. A. 7 B. III.

In Folge der Aufforderung des unterzeichneten Komité's fand gestern hier in **Mylius Hôtel** zum Zwecke der Bildung eines Beamten-Unterstützungsvereins im Großherzogthum **Posen** eine sehr zahlreich besuchte Versammlung statt. Auf besondere Einladung hatte sich auch der Landesälteste Herr **Elsner von Gronow** auf **Kalinowitz** in Oberschlesien eingefunden, durch den in Schlesien ein Beamten-Hülfsverein ins Leben gerufen ist, dessen umfassende Wirksamkeit in der kurzen Zeit seines Bestehens dort allgemeine Anerkennung gefunden hat. Von Herrn **Elsner von Gronow** wurden die, bei Bildung des schlesischen Vereins gemachten Erfahrungen mitgetheilt und die Statuten desselben vorgelesen.

Nach einstimmigem Beschlusse der Versammlung wurden diese praktisch bewährten Statuten für den hier zu begründenden Verein angenommen.

Außerdem wurde zur weiteren Förderung des Vereins das bisherige Komité bis auf 12 Mitglieder verstärkt, und die Bildung von Lokalvereinen in den einzelnen Kreisen beschlossen.

Die Versammlung trennte sich, nachdem noch dem Herrn **Elsner von Gronow** für seine Theilnahme der allseitige Dank ausgesprochen worden.

Dies bringen wir hierdurch zur Kenntniß aller Derjenigen, welche sich für die Zwecke des Vereins interessiren, der Versammlung beizuwohnen aber verhindert waren.

Posen, den 15. April 1861.

Das Comité.

Beuther-Golencin. Witt-Bogdanowo. Sokolowski. Bornschein. Freyschmidt.

Familien-Nachrichten.

Gestern Abend um 10¾ Uhr entschlief zu einem besseren Leben meine liebe Frau **Auguste Bielinska** in einem Alter von 33 Jahren nach einem dreimonatlichen schweren Krankenlager.

Dies zeige ich statt besonderer Meldung Verwandten und Freunden mit der Bitte um stille Theilnahme an.

Neutomysl, den 15. April 1861.

Horstig, Kreissekretär.

Am 12. d. Mts starb in **Bergen** auf der Insel **Rügen** der Handlungskommis **Karl Schumacher.**

Den vielen Freunden und Bekannten des Verstorbenen zeigt dies ergebenst an

Oscar Bentzki.

Kaufmännische Vereinigung zu Posen.

Geschäfts-Versammlung vom 16. April 1861.

Fonds.	Br.	Gd.	bez.
Preuß. 3½% Staats-Schuldsch.	—	86½	—
" 4 " Staats-Anleihe	—	—	—
" 4½ " "	—	101¼	—
Neueste 5% Preußische Anleihe	—	105¼	—
Preuß. 3½% Prämien-Anl. 1855	—	117½	—
Posener 4% Pfandbriefe	—	101	—
" 3½ " "	—	94½	—
" 4 " neue "	89	—	—
Schles. 3½% Pfandbriefe	—	—	—
Westpr. 4 " "	—	—	—
Poln. 4 " "	—	84¾	—
Posener Rentenbriefe	—	92¼	—
" 4% Stadt-Oblig. II. Em.	—	90¾	—
" 5 " Prov. Obligat.	—	98¾	—
" Provinzial-Bankaktien	—	81¼	—
Stargard-Posen. Eisenb. St. Akt.	—	—	—
Oberschl. Eisenb. St. Aktien Lit. A.	—	—	—
" Prioritäts-Oblig. Lit. E.	—	—	—
Polnische Banknoten	—	86⅞	—
Ausländische Banknoten große Ap.	—	—	—

Roggen bei fester Stimmung besser bezahlt, gekündigt 50 Wispel, pr. April-Mai 41½ bz., Mai-Juni 41⅔ bz. u. Br., 7/12 Gd., Juni-Juli 42½—⅛ bz.

Spiritus fest und etwas höher eröffnend, schließt angeboten, mit Faß pr. April 19 1/12 bz. u. Br., Mai 19 5/24—⅛ bz., Juni 19 5/12 bz.

Thermometer- und Barometerstand, so wie Windrichtung zu Posen vom 8. bis 14. April 1861.

Tag.	Thermometerstand. tiefster	Thermometerstand. höchster	Barometerstand.	Wind.
8. April	— 0,0°	+ 3,0°	28 Z. 2,2 L.	N.
9. "	— 0,0°	+ 5,0°	28 " 4,6 "	NW.
10. "	— 3,0°	+ 8,3°	28 " 5,0 "	NW.
11. "	— 0,0°	+ 9,2°	28 " 3,2 "	NW.
12. "	+ 3,2°	+ 5,6°	28 " 0,3 "	W.
13. "	+ 3,8°	+11,4°	28 " 0,0 "	W.
14. "	+ 2,2°	+ 5,3°	28 " 0,2 "	NW.

Wasserstand der Warthe:

Posen am 15. April Vorm. 8 Uhr 4 Fuß 3 Zoll.
" 16. April " " 4 " 4 "

Produkten-Börse.

Berlin, 15. April. Wind: O. Barometer: 28¾. Thermometer: früh 3° +. Witterung: rauhe bezogene Luft.

Weizen loko 70 a 82 Rt.

Roggen loko 45 a 46½ Rt., p. April 44⅝ a 45¼ a 45 a 45⅜ Rt. bz. u. Br., 45¼ Gd., p. Frühj. 44⅝ a 45¼ a 45 a 45⅜ Rt. bz. u. Br., 45¼ Gd., p. Mai-Juni 45 a 45¾ Rt. bz. u. Br., 45⅜ Gd., p. Juni-Juli 45½ a 46 Rt. bz. u. Gd., 46¼ Br., p. Juli-Aug. 45½ a 46 Rt. bz. u. Gd., 46¼ Br., p. Sept.-Okt. 46½ Rt. bz. u. Br., 46 Gd.

Große Gerste 38 a 44 Rt.

Hafer loko 23 a 27 Rt., p. Frühj. 23¾ a 24¼ Rt. bz., p. Mai-Juni 24¾ a 25 Rt. bz., p. Juni-Juli 25½ Rt. Br., p. Juli-Aug. 26 Rt. Br.

Rüböl loko 10¾ Rt. Br., p. April 10⅝ a 10 17/24 a 10⅝ Rt. bz. u. Gd., 10 17/24 Br., p. April-Mai 10⅝ a 10 17/24 a 10⅝ Rt. bz. u. Gd., 10 17/24 Br., p. Mai-Juni 10¾ Rt. bz. u. Br., 10 17/24 Gd., p. Sept.-Okt. 11 1/12 a 11⅛ a 11 1/6 Rt. bz., Br. u. G.

Spiritus loko ohne Faß 19 11/24 a 19 13/24 Rt. bz., mit Faß p. April 19¾ a 19 11/12 Rt. bz., Br. u. Gd., p. April-Mai 19¾ a 19 11/12 Rt. bz., Br. u. Gd., p. Mai-Juni 19⅞ a 19 23/24 Rt. bz. u. Br., 19 11/12 Gd., p. Juni-Juli 20 a 20⅛ Rt. bz. u. G., 20⅛ Br., p. Juli-Aug. 20⅓ a 20 5/12 Rt. bz., Br. u. Gd., p. Aug.-Sept. 20 7/12 a 20⅝ Rt. bz., p. Sept.-Okt. 19 7/12 Rt. bz., p. Okt.-Nov. 18 7/12 Rt. bz.

Weizenmehl 0. 5¼ a 5½, 0. u. 1. 4¾ a 5¼ Rt.

Roggenmehl 0. 3 5/12 a 3¾, 0. u. 1. 3 a 3¼ Rt. (B. u. H. Z.)

Stettin, 15. April. Das Wetter bleibt kühl bei nördlichem Winde.

Weizen loko gelber p. 85pfd. 85—88 Rt. nach Qual. bz., 85pfd. gelber p. Frühj. 90 Rt. bz., 84/85pfd. 88 Rt. Br., 83/85pfd. 84 Rt. bz., 83/85pfd. p. Juni Sonnabend noch 83 Rt. bz.

Roggen loko p. 77pfd. nach Qual. 40—42½ Rt. bz., 77pfd. p. Frühj. 42, 42¼ Rt. bz. u. Gd., p. Mai-Juni 42½, ¾ Rt. bz. u. Gd., 43 Br., p. Juni-Juli 44 Rt. Br. u. Gd., p. Juli-Aug. 44 Rt. bz. u. Gd., p. Sept.-Okt. 44, 44¼, 44½ bz.

Gerste loko p. 70pfd. große pomm. 38 Rt. Br., p. Frühj. 69/70pfd. 40 Rt. Br.

Hafer und Erbsen ohne Handel.

Rüböl loko 10 7/12 Rt. Br., p. April-Mai 10 7/12 Rt. Br., ½ Gd., p. Sept.-Oktbr. 11¼ Rt. Br., ⅓ Gd.

Spiritus loko ohne Faß 19½ Rt. bz., p. Frühj. 19 5/12 Rt. bz., p. Mai-Juni 19 7/12 Rt. Br., p. Juni-Juli 19⅔ Rt. Br., ¾ Gd., p. Juli-Aug. 20⅛ Rt. bz. u. Br., p. August-Sept. 20¼ Rt. bz. u. Br., p. Sept.-Oktbr. 19 Rt. bz. u. Br. (Ostf. Ztg.)

Breslau, 15. April. Wetter: Kühle Temperatur, früh + 3°.

Weißer Weizen 80—83—88—90 Sgr., gelber 72—76—80—87 Sgr.

Roggen, 54—56—60 Sgr.

Gerste, gelbe 45—50 Sgr., weiße 52—55 Sgr.

Hafer, 29—30—32½ Sgr.

Erbsen, 52—58—63 Sgr.

Rother ord. Kleesamen 11½—12½ Rt., mittler 12⅔—13½ Rt., feiner 13¾—14½ Rt., hochfeiner bis 15½ Rt., weißer ord. 7—9 Rt., mittler 10—12 Rt., mittelfeiner u. feiner 13—15 Rt.

Thymothe 9—10—11 Rt.

Kartoffel-Spiritus (pro 100 Quart zu 80% Tralles) 19½ Rt. Gd.

An der Börse. Roggen p. April u. April-Mai 45½ bz. u. Gd., Mai-Juni 45½ bz. u. G., Juni-Juli 46 bz. u. Gd.

Rüböl loko 10 5/12 Br., p. April und April-Mai 10½ Br., Mai-Juni 10 5/12 Br., Juni-Juli 10 7/12 Br., Sept.-Okt. 11 1/6 bz.

Spiritus loko 19½ bz., p. April u. April-Mai 19½—19 7/24 bz. u. Gd., Mai-Juni 19½ Br., Juni-Juli 19¾ bz. (Br. Hdlsbl.)

Wollbericht.

Wien, 13. April. Das Wollgeschäft war in dieser Woche wieder ziemlich belebt; der Begehr der Reichenberger und Brünner Fabrikanten dauert immer fort, da in Folge der andauernd hohen Wollpreise im Winter mehrere große Fabrikanten ihren ganzen Bedarf bis zur nächsten Schur noch nicht gedeckt haben, in der Hoffnung, billigere Preise abwarten zu können. Da diese Konjunktur nicht eingetreten ist, so müssen die Fabrikanten jetzt nun endlich zugreifen. Da wenig feine ungarische Wolle mehr auf dem Platze ist, so begnügt man sich mit feiner russischer Wolle, wovon diese Woche circa 300 Ztr. im Preise von 220 — 230 Fl. pro Ztr. verkauft worden sind; auch von ungarischer guter Mittelwolle sind bei 200 Ztr. im Preise von 172 — 185 Fl. pro Ztr. verkauft worden. Auf dem Zollamte wurden in groben Wollen nur 100 Ztr. geringe serbische Wolle im Preise von 60 Fl. in Silber aus dem Markte genommen.

Telegraphischer Börsenbericht.

Hamburg, 15. April. Weizen loko zu ermäßigten Preisen Geschäft. Roggen loko stille, ab Königsberg April 71 geboten, vielleicht etwas mehr zu bedingen. Oel Mai 23½, Oktober 24. Kaffee ruhig wegen bevorstehender holländischer Auktion.

London, 15. April. Englischer Weizen unverändert, fremder Weizen und Gerste gefragter. Bohnen einen bis zwei Schillinge theurer. Hafer beständig. Mehl angenehmer.

Liverpool, 15. April. Baumwolle: 10,000 Ballen Umsatz. Preise sehr fest.

Amsterdam, 15 April. Weizen flau. Roggen 1 Fl. höher, bei ziemlich lebhaftem Geschäft. Raps April 67½, September 69. Rüböl Mai 37¼, Herbst 38½.

Fonds- u. Aktienbörse.

Berlin, 15. April 1861.

Eisenbahn-Aktien.

Aachen-Düsseldorf	3½	75 B
Aachen-Mastricht	4	20-19¾ bz
Amsterd. Rotterd.	4	77½ B
Berg. Märk. Lt. A.	4	87½ B
do. Lt. B.	4	— —
Berlin-Anhalt	4	113½ bz
Berlin-Hamburg	4	113 bz
Berl. Potsd. Magd.	4	137 B, abgest. [133 bz
Berlin-Stettin	4	109¾ bz
Bresl. Schw. Freib.	4	94 bz
Brieg-Neiße	4	47½ G
Cöln-Crefeld	4	— —
Cöln-Minden	3½	135 B
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	32 B
do. Stamm-Pr.	4½	73 B
do. do.	4	80 B
Löbau-Zittauer	5	— —
Ludwigshaf. Berb.	4	126½ bz
Magdeb. Halberst.	4	216 B
Magdeb. Wittenb.	4	37⅞ B
Mainz-Ludwigsh.	4	98 bz
Mecklenburger	4	46 bz u B
Münster-Hammer	4	— —
Neustadt-Weißenb.	4½	— —
Niederschles. Märk.	4	95½ G
Niederschl. Zweigb.	4	— —
do. Stamm-Pr.	4	— —
Nordb., Fr. Wilh.	5	43½-43 bz
Oberschl. Lt. A. u. C.	3½	118½ G
do. Litt. B.	3½	106¾ B
Oest. Franz. Staat.	5	119¾ bz
Oppeln-Tarnowitz	4	32 B
Pr. Wlh. (Steel-V)	4	51¾ bz
Rheinische,	4	78 B
do. Stamm-Pr.	4	— —
Rhein-Nahebahn	4	23 B
Ruhrort-Crefeld	3½	— —
Stargard-Posen	3½	82 bz
Thüringer	4	104½ bz

Bank- und Kredit-Aktien und Antheilscheine.

Berl. Kassenverein	4	115 G
Berl. Handels-Ges.	4	82½ bz
Braunschw. Bk. A.	4	63 G
Bremer do.	4	98¼ G
Coburg. Kredit-do.	4	40½ bz u G
Danzig. Priv. Bk.	4	87 G
Darmstädter abgst.	4	70½ bz u G
do. Ber. Scheine	4	— —
do. Zettel-B. A.	4	93½ bz
Dessauer Kredit-do.	4	13⅛ bz
Dessauer Landesbk.	4	18¼ G
Disk. Comm. Anth.	4	80 G
Genfer Kred. Bk. A.	4	22 bz u G
Geraer do.	4	67 G
Gothaer Priv. do.	4	69 B
Hannoversche do.	4	91 G
Königsb. Priv. do.	4	84 G
Leipzig. Kredit-do.	4	58 G
Luxemburger do.	4	78 G
Magdeb. Priv. do.	4	78 B
Meining. Kred. do.	4	67 G
Moldau. Land. do.	4	— —
Norddeutsche do.	4	85½ G
Oestr. Kredit- do.	5	51⅛-⅛ bz
Pomm. Ritt. do.	4	70½ bz
Posener Prov. Bank	4	81½ bz
Preuß. Bank-Anth.	4½	121¼ bz
Rostocker Bank Akt.	4	103½ G
Schles. Bank Verein	4	77¾ B
Thüring. Bank-Akt.	4	52½ bz
Vereinsbank, Hamb.	4	99¾ B
Waaren-Kred. Anth.	5	— —
Weimar. Bank-Akt.	4	73 B

Industrie-Aktien.

Dessau. Kont. Gas-A	5	90 bz
Berl. Eisenb. Fabr. A.	5	— —
Hörder Hüttenv. Ak.	5	66½ bz
Minerva, Bergw. A.	5	17 bz
Neustädt. Hüttenv. A	5	3½ B p. St.
Concordia	4	103½ G [fco. Zins.
Magdeb. Feuerversf. A	4	420 B

Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Düsseldorf	4	83½ B
do. II. Em.	4	81 bz
do. III. Em.	4½	87 B
Aachen-Mastricht	4½	— —
do. II. Em.	5	60 B
Bergisch-Märkische	5	102½ B
do. II. Ser.	5	102½ bz IV 101 B
do. III. S. 3½ (R. S.)	3½	77 B
do. Düsseld. Elberf.	4	86 bz
do. II. Em.	5	— —
do. III. S. (D. Soest)	4	84 B
do. II. Ser.	4½	— —
Berlin-Anhalt	4	97½ B
do.	4½	101 bz
Berlin-Hamburg	4½	103 B
do. II. Em.	4½	— —
Berl. Pots. Mg. A.	4	94½ bz B. 94¾ G
do. Litt. C.	4½	100½ G
do. Litt. D.	4½	100⅛ bz
Berlin-Stettin	4½	— —
do. II. Em.	4	88½ B
do. III. Em.	4	88½ B
Bresl. Schw. Freib.	4½	95½ B
Brieg-Neißer	4½	— —
Cöln-Crefeld	4½	— —
Cöln-Minden	4½	101 B
do. II. Em.	5	103 B
Cöln-Minden	4	89½ G
do. III. Em.	4	85½ bz
do.	4½	94 bz
do. IV. Em.	4	83¾ bz
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	— —
do. III. Em.	4½	86 G
Magdeb. Wittenb.	4½	94 G
Niederschles. Märk.	4	94¼ B
do. conv.	4	93¼ bz
do. conv. III. Ser.	4	91½ B
do. IV. Ser.	5	100½ G
Nordb., Fried. Wilh	4½	100½ G
Oberschles. Litt. A.	4	— —
do. Litt. B.	3½	80½ G, C. —
do. Litt. D.	4	88¼ B
do. Litt. E.	3½	76½ bz u B
do. Litt. F.	4½	94⅜ bz
Oestreich. Französ.	3	248 bz
Prinz-Wilh. I. Ser.	5	— —, II. — —
do. III. Ser.	5	— —
Rheinische Pr. Obl.	4	85½ bz
do. v. Staatgarant.	3½	81 G
Rheinische Pr. Obl.	4½	89½ bz
Rh. Nhe-Pr. v. St. g	4½	94½ B
Ruhrort-Crefeld	4½	— —
do. II. Ser.	4	81½ G
do. III. Ser.	4½	88 B
Stargard-Posen	4	— —
do. II. Em.	4½	— —
do. III. Em.	4½	94½ bz
Thüringer	4½	102 bz II. 104¾ [G
do. III. Ser.	4½	101½ B
do. IV. Ser.	4½	99¾ G

Preußische Fonds.

Freiwillige Anleihe	4½	101 G
Staats Anl. 1859	5	105⅝ bz
do.	4½	101½ bz
do. 1856	4½	101½ bz
do. 1853	4	97 bz
N. Präm St A 1855	3½	118 bz
Staats-Schuldsch.	3½	86⅝ bz
Kur- u Neum. Schldv	3½	85½ G
Berl. Stadt-Oblig.	4½	101¾ bz
do. do.	3½	83½ bz
Berl. Börsenh. Obl.	5	103½ bz
Pfandbriefe: Kur- u. Neumärk.	3½	90¾ B
do.	4	100½ B
Ostpreußische	3½	83½ bz
do.	4	93 G
Pommersche	3½	86¾ bz
do. neue	4½	97½ bz
Posensche	4	100¾ bz
do.	3½	94½ G
do. neue	4	88½ bz
Schlesische	3½	— —
V. Staat gar. B.	3½	— —
Westpreußische	3½	82⅞ bz
do.	4	93 bz
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	96½ bz
Pommersche	4	96½ bz
Posensche	4	92 bz
Preußische	4	96 bz
Rhein- u. Westf.	4	96 B
Sächsische	4	96¾ bz
Schlesische	4	96½ bz

Ausländische Fonds.

Oestr. Metalliques	5	41½ G
do. National-Anl.	5	49⅝ bz
do. 250fl. Präm. O.	4	55½ etw bz
do. neue 100fl. Loose	—	49¾ B
Russische: 5. Stieglitz-Anl.	5	86¾ B
6. do.	5	97¾ G
Englische Anl.	5	101 B 4½%
N. Russ. Egl. Anl.	3	59¾ bz [90 B
Polnische: Poln. Schatz-O.	4	78¾—79 bz
Cert. A. 300 Fl.	5	92 B
do. B. 200 Fl.	—	23 G
Pfdbr. u. in SR.	4	85 G
Part. O. 500 Fl.	4	89¾ bz
Oestr. 5proz. Loose	5	52½ G
Hamb. Pr. 100 BM	—	92¾ bz
Kurh. 40 Thlr. Loose	—	47 G
Neue Bad. 35 Fl. do.	—	29½ B
Dessau. Präm. Anl.	3½	95½ bz

Gold, Silber und Papiergeld.

Friedrichsd'or	—	113½ bz
Gold-Kronen	—	9. 4½ G
Louisd'or	—	109⅜ G
Sovereigns	—	6. 21 bz
Napoleonsd'or	—	5. 9⅜ G
Gold pr. Z. Pfd. f.	—	Imp. 456½ bz
Dollars	—	1. 11½ G
Silb. pr. Z. Pfd. f.	—	29. 21 G
K. Sächs. Kass. A.	—	99¾ G
Fremde Banknot.	—	99¼ G
do. (einl. in Leipzig)	—	99¾ bz
Fremde kleine	—	99¼ G
Oestr. Banknoten	—	66½ bz
Poln. Bankbillet	—	86⅞ bz u G

Wechsel-Kurse vom 13. April.

Amsterd. 250fl. kurz	3	141½ bz
do. 2 M.	3	140⅝ bz
Hamb. 300 Mk. kurz	2½	150 bz
do. do. 2 M.	2½	149½ bz
London 1 Lstr. 3 M.	4	6. 19 bz
Paris 300 Fr. 2 M.	3	79½ bz
Wien öst. W. 8 T.	—	65⅝ bz
do. do. 2 M.	6	65⅛ bz
Augsb. 100 fl. 2 M.	3	56. 20 bz
Frankf. 100 fl. 2 M.	3	56. 20 bz
Leipzig 100 Tlr. 8 T.	4	99⅞ bz
do. do. 2 M.	4	99 5/12 bz
Petersb. 100 R. 3 W.	4	94½ bz
Bremen 100 Tlr. 8 T.	3½	109⅛ bz
Warschau 90 R. 8 T.	—	86 B
Bank-Diskont f. Wchs.	4	

Die Haltung der heutigen Börse war fest, aber still.

Breslau, 15. April. Die Börse war fest bei geringem Geschäft.

Schlußkurse. Oestreichische Kredit-Bank-Aktien 51⅛—⅜ bz. u. Gd. Schlesischer Bankverein 77½ Br. Breslau-Schweidnitz-Freiburger Aktien 94 Br. dito Prior. Oblig. 88 Br. dito Prior. Oblig. —. Köln-Mindener Prior. —. Neisse-Brieger —. Oberschlesische Lit. A. und C. 118 Br. dito Lit. B. —. dito Prior. Oblig. 87¾ Gd. dito Prior. Oblig. Lit. F. 95½ Br. dito Prior. Oblig. Lit. E. 75¾ Gd. Oppeln-Tarnowitzer 31⅞ Br. Rheinische —. Kosel-Oderberger 32 Br. dito Prior. Oblig. —. dito Prior. Oblig. —. dito Stamm-Prior.- Obl. —.

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

Frankfurt a. M., Montag, 15. April, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Für östreichische Effekten ziemlich feste Haltung.

Schlußkurse. Staats-Prämien-Anleihe 118½. Preuß. Kassenscheine 105½. Ludwigshafen-Bexbach 127½. Berliner Wechsel 105½. Hamburger Wechsel 88. Londoner Wechsel 117⅞. Pariser Wechsel 93¼. Wiener Wechsel 76⅝. Darmstädter Bankaktien 178½. Darmstädter Zettelbank 233. Meininger Kreditaktien 66½. Luxemburger Kreditbank 82. 3% Spanier 47½. 1% Spanier 41. Span. Kreditbank Pereira 456. Span. Kreditbank v. Rothschild 510. Kurhess. Loose 47⅝. Badische Loose 52¾. 5% Metalliques 41. 4½% Metalliques 34. 1854er Loose 55¾. Oestr. National-Anlehen 48½. Oestr. Franz. Staats-Eisenbahn-Aktien 214. Oestr. Bankantheile 546. Oestr. Kreditaktien 121. Neueste östreichische Anleihe 53½. Oestr. Elisabethbahn 118. Rhein-Nahebahn 23½. Hessische Ludwigsbahn 99½.

Hamburg, Montag, 15. April, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Börse sehr geschäftslos.

Schlußkurse. Oestr. Franz. Staatsbahn —. National-Anleihe 49. Oestr. Kreditaktien 51. 3% Spanier 44½. 1% Spanier 39⅝. Stieglitz de 1855 —. 5% Russen —. Vereinsbank 100. Norddeutsche Bank 87½. Magdeburg-Wittenberg —. Nordbahn —. Diskonto —.

Paris, Montag, 15. April, Nachmittags 3 Uhr. Die 3% eröffnete bei fast gänzlicher Geschäftslosigkeit zu 67, 60, zu welchem Kurse sie auch schloß. Konsols von Mittags 12 Uhr waren 91⅞ eingetroffen.

Schlußkurse. 3% Rente 67, 60. 4½% Rente 95, 40. 3% Spanier 47⅞. 1% Spanier 41⅞. Oestr. Staats-Eisenb. Akt. 458. Oestr. Kreditaktien —. Credit mobilier Akt. 650. Lomb. Eisenb. Akt. —.

London, Montag, 15. April, Nachmittags 3 Uhr. Silber 61½. Himmel bewölkt.

Konsols 91⅞. 1proz. Spanier 41⅞. Mexikaner 23⅞. Sardinier 81½. 5proz. Russen 101. 4½proz. Russen 91.

Die Dampfer „Kanada", „Arago", „Vigo" und „Europa" sind aus Newyork eingetroffen.

Amsterdam, Montag, 15. April, Nachmittags 4 Uhr.

5proz. östr. Nat. Anl. 46 13/16. 5% Metalliques Lit. B. 64½. 5proz. Metalliques 39 3/16. 2½proz. Metalliques 21 1/16. 1proz. Spanier 41⅞. 3proz. Spanier 47. 5proz. Russen 82½. 5proz. Stieglitz de 1855 93½. Mexikaner 22 1/16. Wiener Wechsel, kurz 76. Hamburger Wechsel 35 7/16. Holländische Integrale 63 1/16.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Schladebach in Posen. — Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.